

Bundesgesetzblatt ¹²³³

Teil II

G 1998

2012

Ausgegeben zu Bonn am 2. November 2012

Nr. 33

Tag	Inhalt	Seite
29.10.2012	Gesetz zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe FNA: neu: 611-9-26 GESTA: XD046	1234
23.10.2012	Verordnung zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg	1243
25. 9.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle	1247
27. 9.2012	Bekanntmachung zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen	1248
27. 9.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren	1249
2.10.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	1249
2.10.2012	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderungen vom 27. September 2002 des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel und über das gleichzeitige Inkrafttreten der dazugehörigen Verordnung	1250
10.10.2012	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs	1251
10.10.2012	Bekanntmachung über den weiteren Geltungs- und Anwendungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	1252
19.10.2012	Bekanntmachung der Änderung des Internationalen Übereinkommens zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen	1253
19.10.2012	Bekanntmachung der Änderung des Internationalen Übereinkommens zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen	1299

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2011
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe**

Vom 29. Oktober 2012

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 7. Dezember 2011 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens auf die deutsche Bankenabgabe anzurechnende Beträge sind den betroffenen Kreditinstituten von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung auf Antrag des betroffenen Kreditinstituts maximal bis zur Höhe der geleisteten deutschen Bankenabgabe zu erstatten.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 29. Oktober 2012

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Schäuble

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe

Convention
between the Federal Republic of Germany
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
for the Avoidance of Double Charging of Bank Levies

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland –

im Hinblick auf die Einführung von Bankenabgaben in beiden Vertragsstaaten zur Erhöhung der Finanzstabilität und

in dem Wunsch, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe, zur Verständigung über schwierige Fälle im Zusammenhang mit der Bankenabgabe und zum Informationsaustausch in Bezug auf die Bankenabgabe zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Banken

Dieses Abkommen gilt für Banken, die in einem der Vertragsstaaten oder in beiden Vertragsstaaten zur Entrichtung einer Bankenabgabe verpflichtet sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Bankenabgaben

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Abgaben und die Art ihrer Erhebung, für Bankenabgaben, die für Rechnung eines Vertragsstaats erhoben werden.

(2) Zu den Bankenabgaben, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland

Beiträge zum Restrukturierungsfonds nach dem Restrukturierungsfondsgesetz (Bundesgesetzblatt 2010 Teil I, Seite 1921ff.)

(im Folgenden als „deutsche Bankenabgabe“ bezeichnet);

b) im Vereinigten Königreich

die in Anhang 19 des Finanzgesetzes von 2011 (Schedule 19 of the Finance Act 2011) festgelegte Bankenabgabe („the bank levy“)

(im Folgenden als „Bankenabgabe des Vereinigten Königreichs“ bezeichnet).

The Federal Republic of Germany

and

the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

Having regard to the introduction of bank levies in both Contracting States, such levies being for the enhancement of financial stability; and

Desiring to conclude a Convention for the avoidance of double charging of bank levies, mutual agreement in relation to cases of difficulty involving bank levies, and the exchange of information relating to bank levies;

Have agreed as follows:

Article 1

Banks covered

This Convention shall apply to banks which are chargeable to bank levy in one or both of the Contracting States.

Article 2

Bank levies covered

(1) This Convention shall apply to bank levies imposed on behalf of a Contracting State, irrespective of the nature of the levies and of the manner in which they are levied.

(2) The bank levies which are the subject of this Convention are in particular:

a) in the Federal Republic of Germany:

contributions (*„Beiträge“*) to the Restructuring Fund (*Restrukturierungsfonds*) according to the Restructuring Fund Act (*Restrukturierungsfondsgesetz*) (Federal Law Gazette (*Bundesgesetzblatt*) 2010 Part I, page 1921 et seqq.)

(hereinafter referred to as *„German bank levy“*);

b) in the United Kingdom:

the bank levy set out in Schedule 19 of the Finance Act 2011

(hereinafter referred to as *„United Kingdom bank levy“*).

(3) Dieses Abkommen gilt auch für alle Abgaben gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Bankenabgaben oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Gesetzen über Bankenabgaben eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder das Vereinigte Königreich;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geografischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, in denen die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt;
- c) bedeutet der Ausdruck „Vereinigtes Königreich“ Großbritannien und Nordirland, einschließlich des sich außerhalb des Küstenmeers des Vereinigten Königreichs erstreckenden Gebiets, das nach seinem Recht betreffend den Festlandsockel sowie nach dem Völkerrecht als ein Gebiet ausgewiesen ist, in dem die Rechte des Vereinigten Königreichs hinsichtlich des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds sowie ihrer natürlichen Ressourcen ausgeübt werden dürfen;
- d) bedeutet der Ausdruck „Bank“
 - aa) im Falle der Bundesrepublik Deutschland ein Institut, das nach dem Restrukturierungsfondsgesetz der deutschen Bankenabgabe unterliegt;
 - bb) im Falle des Vereinigten Königreichs die „relevante Unternehmensgruppe“ („relevant group“) nach Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe b oder das „relevante Unternehmen“ („relevant entity“) nach Absatz 5 Unterabsatz 1 des Anhangs 19 des Finanzgesetzes von 2011;
- e) bedeutet der Ausdruck „Unternehmen“ ein Mitglied einer relevanten Unternehmensgruppe;
- f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat,
 - bb) im Vereinigten Königreich die Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs oder ihren bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Bankenabgaben zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Recht über Bankenabgaben den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässiges Institut oder Unternehmen

Die Ansässigkeit eines Instituts oder Unternehmens richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragsstaaten. Ist ein Institut oder Unternehmen in beiden Vertragsstaaten ansässig,

(3) This Convention shall also apply to any identical or substantially similar levies that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing bank levies. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes which have been made in their laws relating to bank levies.

Article 3

General definitions

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- a) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or the United Kingdom, as the context requires;
- b) the term “Federal Republic of Germany” means when used in a geographical sense the territory of the Federal Republic of Germany, as well as the area of the sea-bed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, wherein the Federal Republic of Germany exercises sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;
- c) the term “United Kingdom” means Great Britain and Northern Ireland, including any area outside the territorial sea of the United Kingdom designated under its laws concerning the Continental Shelf and in accordance with international law as an area within which the rights of the United Kingdom with respect to the sea-bed and subsoil and their natural resources may be exercised;
- d) the term “bank” means:
 - aa) in the case of the Federal Republic of Germany any institution subject to the German bank levy according to the Restructuring Fund Act;
 - bb) in the case of the United Kingdom the “relevant group” under paragraph 4(1)(b) or the “relevant entity” under paragraph 5(1) of Schedule 19 of the Finance Act 2011;
- e) the term “entity” means any member of a relevant group;
- f) the term “competent authority” means:
 - aa) in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance (*Bundesministerium der Finanzen*) or the agency to which it has delegated its powers;
 - bb) In the case of the United Kingdom the Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs or their authorised representative.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that Contracting State for the purposes of the bank levies to which the Convention applies, any meaning under the applicable laws of that State relating to bank levies prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

Resident

The residence of an institution or entity will be determined by the domestic laws of the Contracting States. Where an institution or entity is a resident of both Contracting States, then it shall

so gilt es als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort seiner tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit einer Bank ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für die Bank Informationen zu beschaffen;
- b) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für die Bank andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a und b genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(4) Ist ein Vertreter (mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5) für eine Bank tätig und besitzt er in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen der Bank Verträge abzuschließen, und übt er die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird die Bank ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe sie in diesem Staat für alle von dem Vertreter für die Bank ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 3 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Einrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(5) Eine Bank wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe sie eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil sie dort ihre Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Vertreter im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Bank eine Bank beherrscht oder von einer Bank beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Banken zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Belastungsrechte bei Betriebsstätten

(1) Eine Bank eines Vertragsstaats unterliegt nur der Bankenabgabe dieses Staates, es sei denn, sie übt ihre Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt die Bank ihre Tätigkeit auf diese Weise aus, so kann sie auch im anderen Vertragsstaat für diese Betriebsstätte belastet werden.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verhindere er die Anwendung einer Bankenabgabe, wenn diese Abgabe in Bezug auf eine relevante Unternehmensgruppe erhoben wird.

Article 5

Permanent establishment

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of a bank is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of collecting information for the bank;
- b) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the bank, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- c) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) and b), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where an agent (other than an agent of an independent status to whom paragraph 5 applies) is acting on behalf of a bank and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts on behalf of the bank, that bank shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that agent undertakes for the bank, unless the activities of such agent are limited to those mentioned in paragraph 3 which, if exercised through a fixed place, would not make this fixed place a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(5) A bank shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such agents are acting in the ordinary course of their business.

(6) The fact that a bank which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a bank which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either bank a permanent establishment of the other.

Article 6

Charging rights on permanent establishments

(1) A bank of a Contracting State shall be subject to the bank levy only of that State unless the bank carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the bank carries on business as aforesaid, the bank may also be charged in the other Contracting State in respect of that permanent establishment.

(2) Paragraph 1 shall not be construed as preventing the application of a bank levy where such levy is charged in relation to a relevant group.

Artikel 7**Beseitigung der Doppelbelastung**

(1) Im Falle der Bundesrepublik Deutschland wird die Bankenabgabe wie folgt festgesetzt:

- a) Die bei einem in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Institut, das eine Tochtergesellschaft eines im Vereinigten Königreich ansässigen Mitglieds einer relevanten Unternehmensgruppe ist, erhobene Bankenabgabe des Vereinigten Königreichs wird auf die deutsche Bankenabgabe angerechnet, es sei denn, die Muttergesellschaft der relevanten Unternehmensgruppe ist in der Bundesrepublik Deutschland ansässig.
- b) Eine Bank des Vereinigten Königreichs mit einer in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Betriebsstätte wird von der deutschen Bankenabgabe ausgenommen.

(2) Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs über die Anrechnung einer in einem Hoheitsgebiet außerhalb des Vereinigten Königreichs zu entrichtenden Bankenabgabe auf die Bankenabgabe des Vereinigten Königreichs (ohne Beeinträchtigung des allgemeinen Grundsatzes dieses Abkommens)

- a) wird die bei einem im Vereinigten Königreich ansässigen Unternehmen, das eine Tochtergesellschaft eines in Deutschland ansässigen Mitglieds einer Unternehmensgruppe ist, erhobene deutsche Bankenabgabe auf die Bankenabgabe des Vereinigten Königreichs angerechnet, es sei denn, die Muttergesellschaft der Unternehmensgruppe ist im Vereinigten Königreich ansässig;
- b) wird für ein in der Bundesrepublik Deutschland ansässiges Institut mit einer im Vereinigten Königreich gelegenen Betriebsstätte bei der Anrechnung die deutsche Bankenabgabe berücksichtigt, die anhand der der Betriebsstätte zuzurechnenden relevanten Passiva und Derivate zu ermitteln ist.

Artikel 8**Verständigungsverfahren**

(1) Ist eine Bank der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zur Belastung mit einer Bankenabgabe führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall einer der beiden zuständigen Behörden unterbreiten. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Belastung führt, oder, bei späterer Unterbreitung, innerhalb von sechs Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Bankenabgabe erhoben wurde, beziehungsweise des Erhebungszeitraums, für den die Bankenabgabe erhoben wird oder vorgesehen ist.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Erhebung einer Bankenabgabe vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen, mit Ausnahme der Einschränkungen, die für das Wirksamwerden einer solchen Verständigungsregelung gelten.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbelastung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

Article 7**Elimination of Double Charging**

(1) Bank levy shall be determined in the case of the Federal Republic of Germany as follows:

- a) The United Kingdom bank levy on an institution resident in the Federal Republic of Germany that is a subsidiary of a United Kingdom resident member of a relevant group shall, unless the parent of the relevant group is resident in the Federal Republic of Germany, be allowed as a credit against the German bank levy;
- b) A United Kingdom bank with a permanent establishment situated in the Federal Republic of Germany shall be exempted from the German bank levy.

(2) Subject to the provisions of the law of the United Kingdom regarding the allowance as a credit against the United Kingdom bank levy of a bank levy payable in a territory outside the United Kingdom (which shall not affect the general principle hereof):

- a) The German bank levy on an entity resident in the United Kingdom that is a subsidiary of a German resident member of a group shall, unless the parent of the group is resident in the United Kingdom, be allowed as a credit against the United Kingdom bank levy;
- b) For an institution which is a resident of the Federal Republic of Germany with a permanent establishment situated in the United Kingdom, the credit shall take into account the German bank levy to be determined by reference to the relevant liabilities and derivatives attributable to the permanent establishment.

Article 8**Mutual Agreement Procedure**

(1) Where a bank considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for it in a charge of a bank levy not in accordance with the provisions of this Convention, it may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present its case to either competent authority. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in charging not in accordance with the provisions of the Convention, or, if later, within six years from the end of the year the bank levy has been charged or the chargeable period in respect of which that bank levy is imposed or proposed.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of a charge of a bank levy which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States, except such limitations as apply for the purposes of giving effect to such an agreement.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double charging in cases not provided for in the Convention.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

(5) Wenn

- a) eine Bank der zuständigen Behörde eines Vertragsstaats nach Absatz 1 einen Fall unterbreitet hat, weil die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für diese Bank zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Abgabe geführt haben, und
- b) die zuständigen Behörden nicht in der Lage sind, innerhalb von zwei Jahren ab Unterbreitung des Falles bei der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats eine Einigung zur Regelung des Falles nach Absatz 2 herbeizuführen,

werden noch offene Fragen des Falles auf Antrag der Bank einem Schiedsverfahren unterworfen. Die noch offenen Fragen werden jedoch nicht dem Schiedsverfahren unterworfen, wenn ein Gericht oder ein Verwaltungsgericht eines Staates bereits in diesen Fragen entschieden hat. Diese Entscheidung ist für beide Vertragsstaaten verbindlich und ungeachtet der Verjährungsfristen des innerstaatlichen Rechts dieser Staaten umzusetzen, es sei denn, eine unmittelbar von dem Fall betroffene Bank erkennt die Einigung über die Durchführung der Entscheidung des Schiedsgerichts nicht an. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie dieser Absatz durchzuführen ist.

Artikel 9

Informationsaustausch

(1) Vorbehaltlich des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten tauschen die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung beziehungsweise Vollstreckung des innerstaatlichen Rechts betreffend Bankenabgaben voraussichtlich erheblich sind, insbesondere um Betrug zu verhindern und die Anwendung gesetzlicher Vorschriften gegen Gestaltungsmaßnahmen zu erleichtern.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Banken oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der Bankenabgaben oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder für eine Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen können die Informationen für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Offenlegung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat nach diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) Where,

- a) under paragraph 1, a bank has presented a case to the competent authority of a Contracting State on the basis that the actions of one or both of the Contracting States have resulted for that bank in a levy not in accordance with the provisions of this Convention, and
- b) the competent authorities are unable to reach an agreement to resolve that case pursuant to paragraph 2 within two years from the presentation of the case to the competent authority of the other Contracting State,

any unresolved issues arising from the case shall be submitted to arbitration if the bank so requests. These unresolved issues shall not, however, be submitted to arbitration if a decision on these issues has already been rendered by a court or administrative tribunal of either State. Unless a bank directly affected by the case does not accept the mutual agreement that implements the arbitration decision, that decision shall be binding on both Contracting States and shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic laws of these States. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this paragraph.

Article 9

Exchange of Information

(1) Subject to the provisions of the domestic law of the Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning bank levies, in particular, to prevent fraud and to facilitate the administration of statutory provisions against legal avoidance.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to banks or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the bank levies or the oversight of the above. Such authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing provisions, the information may be used for other purposes, if under the law of both States it may be used for these other purposes and the competent authority of the supplying State has agreed to this use.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information

für die Zwecke seiner eigenen Bankenabgabe nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf das Eigentum an einer Bank beziehen.

Artikel 10
Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 11
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist ab dem 1. Januar 2011 anzuwenden.

Artikel 12
Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an gerechnet, auf diplomatischem Wege kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, das dem Kündigungsjahr folgt, nicht mehr Anwendung.

Maßgeblich für die Wahrung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigungsanzeige des einen Vertragsstaats beim anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu London am 7. Dezember 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

for its own bank levy purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a bank.

Article 10
Protocol

The attached Protocol shall be an integral part of this Convention.

Article 11
Entry into Force

(1) This Convention shall be ratified; instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the day of the exchange of instruments of ratification and shall have effect from 1 January 2011.

Article 12
Termination

This Convention shall remain in force until terminated by one of the Contracting States. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving notice of termination at least six months before the end of any calendar year beginning after the expiry of five years from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect from 1 January of the calendar year next following that in which the notice is given.

Notice of termination shall be regarded as having been given by a Contracting State on the date of receipt of such notice by the other Contracting State.

Done in duplicate at London on 7th December 2011 in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Georg Boomgaarden

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Mark Hoban

Protokoll
zu dem am 7. Dezember 2011
in London unterzeichneten Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe

Protocol
to the Convention
between the Federal Republic of Germany
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
for the Avoidance of Double Charging of Bank Levies
signed at London on 7th December 2011

Die Bundesrepublik Deutschland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland haben ergänzend zu dem in London unterzeichneten Abkommen vom 7. Dezember 2011 zur Vermeidung der Doppelbelastung bei der Bankenabgabe die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 7:

- a) Jeder Vertragsstaat wendet bei der Zurechnung von Eigenkapital, Passiva und Derivaten zu einer Betriebsstätte die Grundsätze des OECD-Berichts von 2008 über die Gewinnzurechnung bei Betriebsstätten (Attribution of Profits to Permanent Establishments) an.
- b) Im Falle des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe b wird der auf die Bankenabgabe des Vereinigten Königreichs anzurechnende Anteil der deutschen Bankenabgabe ermittelt als Summe aus
 - aa) den dieser Betriebsstätte zuzurechnenden relevanten Verbindlichkeiten (nach § 12 Absatz 10 des Restrukturierungsfondsgesetzes), multipliziert mit dem für die relevanten Verbindlichkeiten geltenden Abgabebesatz;
 - bb) den dieser Betriebsstätte zuzurechnenden relevanten Derivaten (nach § 12 Absatz 10 des Restrukturierungsfondsgesetzes), multipliziert mit dem für die relevanten Derivate geltenden Abgabebesatz, und
 - cc) gegebenenfalls dem Anteil eines Sonderbeitrags, der von der betreffenden Bank (nach § 12 Absatz 4 des Restrukturierungsfondsgesetzes) im jeweiligen Kalenderjahr zu zahlen und der Betriebsstätte zuzurechnen ist.

2. Zu Artikel 9:

Werden aufgrund des Abkommens Daten ausgetauscht, so gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Eine zuständige Behörde, die nach Artikel 9 Informationen erhält, unterrichtet die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats auf Ersuchen über die Art der Verwendung der Informationen und die erzielten Ergebnisse.
- b) Eine zuständige Behörde, die nach Artikel 9 Informationen erteilt, trifft alle Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Informationen zutreffend und für die mit ihrer Übermittlung verfolgten Zwecke erforderlich und verhältnismäßig sind. Stellt eine zuständige Behörde fest, dass die von ihr übermittelten Informationen unzutreffend sind oder nach Artikel 9 nicht hätten übermittelt werden dürfen, so setzt sie die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats unverzüglich hiervon in Kenntnis. Die zuständige Behörde nimmt eine Berichtigung beziehungsweise Löschung dieser Informationen vor.

The Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have in addition to the Convention for the Avoidance of Double Charging of Bank Levies of 7th December 2011 signed at London agreed on the following provisions, which shall form an integral part of the said Convention:

1. With reference to Article 7:

- a) It is understood that each Contracting State will apply the principles of the 2008 OECD report entitled "Attribution of Profits to Permanent Establishments" when attributing equity, liabilities and derivatives to a permanent establishment.
- b) In the case of Article 7 paragraph 2 b), the portion of the German bank levy to be allowed as a credit against the United Kingdom bank levy shall be determined as the sum of:
 - aa) the relevant liabilities (according to section 12 paragraph 10 of the Restructuring Fund Act) attributable to this permanent establishment multiplied by the levy rate applicable to the relevant liabilities;
 - bb) the relevant derivatives (according to section 12 paragraph 10 of the Restructuring Fund Act) attributable to this permanent establishment multiplied by the levy rate applicable to the relevant derivatives; and
 - cc) if applicable, the portion of any special contribution ("Sonderbeitrag") to be paid by the relevant bank in the respective calendar year (according to section 12 paragraph 4 of the Restructuring Fund Act) and attributable to the permanent establishment.

2. With reference to Article 9:

If data are exchanged under the Convention, the following additional provisions shall apply:

- a) A competent authority which receives information under the provisions of Article 9 shall, on request, inform the competent authority of the other Contracting State about the way in which that information was used and the results which were achieved.
- b) A competent authority which supplies information under the provisions of Article 9 shall take all steps to ensure that the information is accurate, and that it is necessary for and commensurate with the purposes for which it is supplied. If a competent authority discovers that it has supplied inaccurate information, or information which should not have been supplied under the provisions of Article 9, it shall inform the competent authority of the other Contracting State of this without delay. The competent authority shall correct or delete that information, as appropriate.

- c) Der betroffenen Bank ist auf Antrag über die in Bezug auf sie ausgetauschten Informationen sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, wenn nach Abwägung ein vorrangiges öffentliches Interesse an einer Auskunftsverweigerung festgestellt wird. Im Übrigen richtet sich das Recht der betroffenen Bank, über die sie betreffenden vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- d) Nach Artikel 9 ausgetauschte Informationen sind in jedem Fall zu löschen, sobald sie nicht mehr für die mit ihrer Erteilung verfolgten Zwecke benötigt werden.
- e) Die zuständigen Behörden führen Aufzeichnungen über die Erteilung und den Erhalt von nach Artikel 9 ausgetauschten Informationen.
- f) Die Vertragsstaaten schützen nach Artikel 9 ausgetauschte Informationen vor unbefugtem Zugriff, unbefugter Änderung und unbefugter Bekanntgabe.
3. Überprüfung:
Die Vertragsstaaten konsultieren einander mindestens alle fünf Jahre über die Bedingungen, die Umsetzung und die Anwendung des Abkommens, um sicherzustellen, dass es weiterhin einer Vermeidung der Doppelbelastung dient. Die erste Konsultation findet spätestens am Ende des fünften Jahres nach Inkrafttreten des Abkommens statt.
- c) Upon application the bank concerned shall be informed of the exchanged information in respect of it and of the use to which such information is to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it turns out that there is an overriding public interest in withholding it. In all other respects, the right of the bank concerned to be informed of the existing data relating to it shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.
- d) Information exchanged under the provisions of Article 9 shall in any case be deleted as soon as it is no longer required for the purposes for which it was supplied.
- e) The competent authorities shall keep records of the supply and receipt of information exchanged under the provisions of Article 9.
- f) The Contracting States shall protect information exchanged under the provisions of Article 9 against unauthorized access, alteration or disclosure.
3. Review:
It is understood that the Contracting States shall consult each other at intervals of not more than five years regarding the terms, operation and application of the Convention with a view to ensuring that it continues to serve the purposes of avoiding double charging. The first such consultation shall take place no later than the end of the fifth year after the entry into force of the Convention.

Geschehen zu London am 7. Dezember 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done in duplicate at London on 7th December 2011 in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Georg Boomgarden

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Mark Hoban

**Verordnung
zu der Vereinbarung vom 20. März/25. April 2012
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über die Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein
zwischen Kehl und Straßburg**

Vom 23. Oktober 2012

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 28. August 2002 zu dem Abkommen vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen (BGBl. 2002 II S. 2323), verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die durch Notenwechsel vom 20. März/25. April 2012 erfolgte Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Billigung der zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg (Strasbourg) am 15. März 2012 geschlossenen Kooperationsvereinbarung über die Errichtung eines Überquerungsbauwerks über den Rhein, welches für den Straßenbahnverkehr und die Benutzung durch Rettungs- und Unterhaltungsfahrzeuge sowie den Rad- und Fußgängerverkehr bestimmt sein soll, wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung nach ihrer Inkrafttretensklausel in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 23. Oktober 2012

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Peter Ramsauer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. März 2012

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Französischen Republik unter Bezugnahme auf Artikel 3 des Abkommens vom 12. Juni 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, nachfolgend „das Abkommen“ genannt, den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Billigung der Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die Kommunen Kehl und Straßburg (Strasbourg) beabsichtigen, bei Stromkilometer 293,6 gemäß den Bestimmungen des Abkommens vom 12. Juni 2001 über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken über den Rhein, die nicht in der Baulast der Vertragsparteien liegen, eine Grenzbrücke über den Rhein zu errichten.
2. Das Abkommen vom 12. Juni 2001 legt fest, dass die beiden Regierungen die Errichtung einer Grenzbrücke zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik als Verbindung zwischen öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen in der Bundesrepublik Deutschland und der Autobahnen und Nationalstraßen in Frankreich durch eine zwischen ihnen geschlossene Vereinbarung billigen müssen.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik haben keine Bedenken gegen den Bau der unter Nummer 1 genannten Grenzbrücke und billigen deren Errichtung. Sie tun dies in Kenntnis der hierzu am 15. März 2012 geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen der Großen Kreisstadt Kehl und der Stadtgemeinschaft Straßburg über die Verlängerung der Linie D des Straßbahnnetzes des Großraums Straßburg nach Kehl, die den Anforderungen des Artikels 4 des Abkommens entspricht.
4. Die Vertragsparteien setzen die betroffenen Kommunen über das Inkrafttreten dieser Vereinbarung unverzüglich in Kenntnis.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Französischen Republik mit den unter den Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Französischen Republik zum Ausdruck bringende Antwortnote der Botschaft der Französischen Republik eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik bilden, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die jeweiligen innerstaatlichen Verfahren für das Inkrafttreten beendet sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Französischen Republik erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der Französischen Republik

Ministère fédéral
des Affaires étrangères

Berlin, le 20 mars 2012

Note verbale

Le Ministère fédéral des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne présente ses compliments à l'Ambassade de France et, se référant à l'article 3 de l'Accord du 12 juin 2001 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à la construction et à l'entretien de ponts frontières sur le Rhin dont les Parties contractantes n'assurent pas la maîtrise d'ouvrage, ci-après dénommé «l'Accord du 12 juin 2001», a l'honneur de lui proposer la conclusion d'un Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relatif à l'autorisation de construire un pont frontière sur le Rhin, rédigé dans les termes suivants:

1. Les communes de Kehl et Strasbourg (Straßburg) ont l'intention de construire, conformément aux dispositions de l'Accord du 12 juin 2001, un pont frontière sur le Rhin à hauteur du kilomètre 293,6 du fleuve.
2. L'Accord du 12 juin 2001 dispose que la construction d'un pont frontière entre la République fédérale d'Allemagne et la République française faisant la liaison entre des voies publiques en dehors du réseau des routes fédérales de grande communication en République fédérale d'Allemagne et des autoroutes et routes nationales en France doit faire l'objet d'une autorisation des deux Gouvernements exprimée par la voie d'un Accord entre eux.
3. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française n'ont pas de réserves concernant la construction du pont frontière mentionné au paragraphe 1 ci-dessus et l'autorisent. Ils le font en prenant acte de la Convention de coopération conclue à cet effet le 15 mars 2012 entre la Ville de Kehl (Große Kreisstadt Kehl) et la Communauté Urbaine de Strasbourg et relative à l'extension de la ligne D du réseau de tramway de l'agglomération de Strasbourg vers Kehl, convention qui satisfait aux exigences contenues à l'article 4 de l'Accord du 12 juin 2001.
4. Les Parties contractantes informeront sans délai les communes concernées de l'entrée en vigueur du présent Accord.
5. Le présent Accord est conclu en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Si le Gouvernement de la République française déclare accepter les propositions du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne formulées aux paragraphes 1 à 5 ci-dessus, la présente note verbale et la note de réponse de l'Ambassade de France exprimant l'accord du Gouvernement de la République française constitueront un Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française. L'Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les deux Gouvernements se seront mutuellement informés que les procédures internes nécessaires à son entrée en vigueur auront été accomplies. La date prise en considération sera celle de la réception de la dernière notification.

Le Ministère fédéral des Affaires étrangères saisit cette occasion pour renouveler à l'Ambassade de France les assurances de sa haute considération.

Ambassade de France

Botschaft der
Französischen Republik in Deutschland

Berlin, den 25. April 2012

Verbalnote

Die Botschaft der Französischen Republik beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf dessen Verbalnote Nr. E10-9.321.00/60 vom 20. März 2012 das Einverständnis der Regierung der Französischen Republik zu den darin enthaltenen Bestimmungen mitzuteilen, die wie folgt lauten:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Verbalnote des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland und diese Antwort bilden somit in Anwendung des Artikels 3 des Abkommens vom 12. Juni 2001 eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen über die Billigung der Errichtung einer Grenzbrücke über den Rhein.

Die Botschaft der Französischen Republik benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Referat E 10 – Bilaterale Beziehungen zu Frankreich
und zum Fürstentum Monaco
Berlin

Ambassade de
France en Allemagne

Berlin, le 25 avril 2012

Note verbale

L'ambassade de France présente ses compliments au ministère fédéral des Affaires étrangères, et, se référant à sa note verbale n° E10-9.321.00/60 du 20 mars 2012, a l'honneur de lui faire connaître l'accord de son Gouvernement sur les dispositions qu'elle contient, et qui sont les suivantes:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

La note verbale du Ministère fédéral des affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne et la présente réponse constituent donc un Accord de nos deux Gouvernements relatif à l'autorisation de construire un pont frontière sur le Rhin, en application de l'article 3 de l'Accord du 12 juin 2001.

L'Ambassade de France saisit cette occasion pour renouveler au Ministère fédéral des affaires étrangères les assurances de sa très haute considération.

Ministère fédéral des Affaires étrangères
Sous Direction des relations bilatérales avec la France
et la principauté de Monaco (E10)
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Abkommens vom 6. November 1925
über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle
Vom 25. September 2012**

I.

Die Genfer Fassung vom 2. Juli 1999 (Genfer Akte) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Eintragung gewerblicher Muster und Modelle (BGBl. 2009 II S. 837, 838) ist nach ihrem Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe b für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Aserbaidschan	am	8. Dezember 2010
Finnland	am	1. Mai 2011
Monaco	am	9. Juni 2011
Montenegro	am	5. März 2012
Norwegen	am	17. Juni 2010
Ruanda	am	31. August 2011
Tadschikistan	am	21. März 2012
Tunesien	am	13. Juni 2012.

II.

Dänemark hat mit Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 9. September 2008 eine Erklärung abgegeben, wonach sich das Abkommen bis auf Weiteres nicht auf Färöer und Grönland erstreckt. Am 11. Oktober 2010 hat Dänemark eine Erklärung abgegeben, wonach es die Nichterstreckung des Abkommens auf Grönland zurücknimmt. Das Abkommen erstreckt sich daher mit Wirkung vom 11. Januar 2011 auch auf Grönland.

III.

Die in London am 2. Juni 1934 revidierte Fassung (RGBl. 1937 II S. 583, 617) des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle (RGBl. 1928 II S. 175, 203) ist nach ihrem Artikel 22 Absatz 4 für

Indonesien	am	3. Juni 2010
------------	----	--------------

außer Kraft getreten. Damit ist für Indonesien auch das Haager Abkommen außer Kraft getreten.

IV.

Die in London am 2. Juni 1934 revidierte Fassung des Haager Abkommens vom 6. November 1925 über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle ist nach ihrem Artikel 22 Absatz 4 einschließlich der Zusatzvereinbarung von Monaco vom 18. November 1961 (BGBl. 1962 II S. 937, 938) zu dieser Fassung für

Niederlande	am	12. Dezember 2011
nur die nicht in Europa gelegenen Landesteile, also der karibische Teil der Niederlande (Bonaire, Saba, St. Eustatius) sowie Aruba, Curaçao und St. Martin (niederländischer Teil) (vgl. auch die Bekanntmachung vom 29. August 2012, BGBl. II S. 1027)		

Schweiz	am	19. November 2010
---------	----	-------------------

außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 1. März 2010 (BGBl. II S. 190) und vom 25. August 2008 (BGBl. II S. 970).

Berlin, den 25. September 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

Bekanntmachung zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen

Vom 27. September 2012

Zum Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473, 474) hat Ungarn*) am 3. Juli 2012 seinen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalt zu den Artikeln 23 und 24 (vgl. die Bekanntmachung vom 10. Juni 2002, BGBl. II S. 1686) zurückgezogen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 2012 (BGBl. II S. 737).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 27. September 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags
über die internationale Anerkennung der Hinterlegung
von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren**

Vom 27. September 2012

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, geändert am 26. September 1980 (BGBl. 1980 II S. 1104, 1105; 1984 II S. 679), ist nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für

Brunei Darussalam am 24. Juli 2012

Panama am 7. September 2012

in Kraft getreten und wird für

Bahrain am 20. November 2012

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. September 2011 (BGBl. II S. 1030).

Berlin, den 27. September 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 2. Oktober 2012

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) wird nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Jamaika am 24. Dezember 2012

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Februar 2012 (BGBl. II S. 197).

Berlin, den 2. Oktober 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Änderungen vom 27. September 2002
des Abkommens zur Erhaltung
der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel
und über das gleichzeitige Inkrafttreten
der dazugehörigen Verordnung**

Vom 2. Oktober 2012

Nach Artikel 2 Absatz 3 der Zweiten Verordnung vom 10. Mai 2004 zur Änderung des am 15. August 1996 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel (BGBl. 1998 II S. 2498, 2500; 2002 II S. 2411, 2412; 2004 II S. 600, 601) wird bekannt gemacht, dass die Änderungen vom 27. September 2002 nach Artikel X Absatz 5 des Abkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 26. Dezember 2002

in Kraft getreten sind.

Gleichzeitig wird nach Artikel 2 Absatz 3 der Verordnung vom 10. Mai 2004 bekannt gemacht, dass diese nach ihrem Artikel 2 Absatz 1

mit Wirkung vom 26. Dezember 2002

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 2. Oktober 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs**

Vom 10. Oktober 2012

Das Übereinkommen vom 9. September 2002 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs (BGBl. 2004 II S. 1138, 1139) wird nach seinem Artikel 35 Absatz 2 für die

Schweiz*) am 25. Oktober 2012
nach Maßgabe einer Erklärung gemäß Artikel 23 des Übereinkommens
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. März 2012 (BGBl. II S. 466).

*) Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 10. Oktober 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den weiteren Geltungs- und Anwendungsbereich
des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen
der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Vom 10. Oktober 2012

I.

Das am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (BGBl. 1954 II S. 639, 640, 653; 1971 II S. 129, 131; 1979 II S. 812, 813; 1988 II S. 979, 980; 2010 II S. 782, 783) ist nach seinem Artikel XI § 41 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Honduras am 16. August 2012
unter Anwendung auf

- Internationale Arbeitsorganisation (ILO; auch IAO) – Anlage I – vom 14. September 1948
- Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) – Anlage II – (2. revidierte Fassung vom 28. Dezember 1965)
- Internationale Zivillufffahrt-Organisation (ICAO) – Anlage III – vom 11. August 1948
- Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) – Anlage IV – vom 7. Februar 1949
- Internationaler Währungsfonds (IMF) – Anlage V – vom 9. Mai 1949
- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) – Anlage VI – vom 29. April 1949
- Weltgesundheitsorganisation (WHO) – Anlage VII – vom 2. August 1948
- Weltpostverein (UPU) – Anlage VIII – vom 11. Juli 1949
- Internationale Fernmelde-Union (ITU) – Anlage IX – vom 16. Januar 1951.

II.

Angola hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 26. Juli 2012 notifiziert, dass es die Bestimmungen des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen nach seinem Artikel XI § 43 mit Wirkung vom gleichen Tag auf die

Weltgesundheitsorganisation (WHO) – Anlage VII – vom 2. August 1948 anwendet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Juli 2012 (BGBl. II S. 918).

Berlin, den 10. Oktober 2012

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
der Änderung
des Internationalen Übereinkommens
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen**

Vom 19. Oktober 2012

Nach Artikel 22 in Verbindung mit Anlage 7 des Internationalen Übereinkommens vom 21. Oktober 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen (BGBl. 1987 II S. 638, 640) hat der gemäß Anlage 7 des Übereinkommens gebildete Verwaltungsausschuss am 4. Oktober 2007 die Änderung des Übereinkommens durch Hinzufügung der Anlage 8 angenommen. Die Änderung ist nach Artikel 22 Absatz 3 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 20. Mai 2008

in Kraft getreten.

Die Anlage 8 zum Internationalen Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen wird nachstehend mit einer deutschen Übersetzung des Ratssekretariats der Europäischen Union (ABl. L 55 vom 27.2.2009, S. 21) veröffentlicht.

Berlin, den 19. Oktober 2012

Bundesministerium der Finanzen
Im Auftrag
Peter Bille

Anlage 8 zum Internationalen Übereinkommen
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen

**Erleichterung der Grenzübertrittsverfahren
im internationalen Straßenverkehr**

International Convention
on the Harmonization of Frontier Controls of Goods, 1982
(“Harmonization Convention”)

Annex 8

**Facilitation of Border Crossing Procedures
for International Road Transport**

Convention internationale
sur l’harmonisation des contrôles des marchandises aux frontières, 1982
(«Convention sur l’harmonisation»)

Annexe 8

**Facilitation du passage des frontières
en transport routier international**

(Übersetzung)

**Article 1
Principles**

Complementing the provisions of the Convention and in particular those provided in Appendix 1, the present Annex intends to define the measures that need to be implemented in order to facilitate border crossing procedures for international road transport.

**Article 1
Principes**

En complément des dispositions de la Convention et notamment de celles prévues dans l’appendice 1, la présente annexe a pour objet de définir les mesures qui doivent être mises en œuvre pour faciliter les formalités de passage des frontières en transport routier international.

**Artikel 1
Grundsätze**

In Ergänzung der Bestimmungen des Übereinkommens und insbesondere der Anlage 1 hat die vorliegende Anlage zum Ziel, die Maßnahmen festzulegen, die im Hinblick auf die Vereinfachung der Grenzübertrittsverfahren für den internationalen Straßenverkehr durchzuführen sind.

**Article 2
Facilitation of visa
procedures for professional drivers**

1. The Contracting Parties should endeavour to facilitate the procedures for the granting of visas for professional drivers engaged in international road transport in accordance with national best practice for all visa applicants and national immigration rules as well as international commitments.

2. The Contracting Parties agree to regularly exchange information on best practices with regard to the facilitation of visa procedures for professional drivers.

**Article 2
Facilitation des procédures
de délivrance des visas
pour les conducteurs professionnels**

1. Les Parties contractantes devraient s’efforcer de faciliter les formalités relatives à la délivrance de visas aux conducteurs professionnels participant au transport routier international, conformément aux meilleures pratiques nationales applicables à tous les demandeurs de visa et aux règlements nationaux en matière d’immigration, ainsi qu’aux engagements internationaux.

2. Les Parties contractantes conviennent d’échanger régulièrement des informations sur les meilleures pratiques concernant la facilitation des procédures de délivrance de visas aux conducteurs professionnels.

**Artikel 2
Vereinfachung der
Visaverfahren für Berufskraftfahrer**

(1) Die Vertragsparteien sollten bestrebt sein, die Verfahren für die Visaerteilung für die im internationalen Straßenverkehr tätigen Berufskraftfahrer im Einklang mit den innerstaatlichen bewährten Verfahren für alle Visumantragsteller, den innerstaatlichen Einwanderungsvorschriften sowie internationalen Verpflichtungen zu erleichtern.

(2) Die Vertragsparteien kommen überein, regelmäßig Informationen über bewährte Verfahren zur Erleichterung der Visaverfahren für Berufskraftfahrer auszutauschen.

Article 3**International road transport operations**

1. In order to facilitate the international movement of goods, the Contracting Parties shall regularly inform all parties involved in international transport operations in a harmonized and co-ordinated manner on border control requirements for international road transport operations in force or planned as well as on the actual situation at borders.

2. Contracting Parties shall endeavour to transfer, to the extent possible and not only for transit traffic, all necessary control procedures to the places of departure and destination of the goods transported by road so as to alleviate congestion at the border crossing points.

3. Referring in particular to Article 7 of this Convention, priority shall be given to urgent consignments, e.g. live animals and perishable goods. In particular, the competent services at border crossing points:

- (i) shall take the necessary measures to minimize waiting times for ATP-approved vehicles transporting perishable foodstuffs or for vehicles transporting live animals, as from their time of arrival at the frontier until their regulatory, administrative, Customs and sanitary controls;
- (ii) shall ensure that the required controls mentioned under (i) are carried out as quickly as possible;
- (iii) shall allow, as far as possible, the operation of the necessary refrigerating units of vehicles carrying perishable foodstuffs during the time of crossing the border, unless this is impossible as a result of the required control procedure;
- (iv) shall co-operate, in particular through advance information exchange, with their counterparts in other Contracting Parties in order to accelerate border crossing procedures for perishable foodstuffs and live animals, in case these loads are subject to sanitary inspections.

Article 4**Vehicle inspection**

1. The Contracting Parties, not yet Parties to the Agreement Concerning the Adoption of Uniform Conditions for Periodical Technical Inspections of Wheeled Vehicles and the Reciprocal Recognition of such Inspections (1997), should endeavour, in line with relevant national and international

Article 3**Opérations de transport routier international**

1. Afin de faciliter le transport international de marchandises, les Parties contractantes doivent informer régulièrement toutes les parties engagées dans ce type de transport, de manière harmonisée et coordonnée, sur les formalités en vigueur ou prévues aux frontières pour les opérations de transport international routier, ainsi que sur l'état réel de la situation aux frontières.

2. Les Parties contractantes doivent s'efforcer de faire effectuer toutes les formalités nécessaires, dans la mesure du possible et non pas seulement pour le trafic de transit, aux lieux d'origine et de destination des marchandises transportées par route, de façon à réduire les encombrements aux points de passage des frontières.

3. En ce qui concerne en particulier l'article 7 de la présente Convention, la priorité doit être donnée aux chargements urgents, par exemple les animaux vivants et les denrées périssables. Les services compétents aux points de passage des frontières doivent en particulier:

- i) Prendre les mesures nécessaires pour réduire au minimum les délais d'attente des véhicules ATP transportant des denrées périssables ou des véhicules transportant des animaux vivants, entre le moment d'arrivée à la frontière et le moment où ils sont soumis aux contrôles réglementaires, administratifs, douaniers et sanitaires;
- ii) Faire en sorte que les contrôles réglementaires requis visés à l'alinéa i) ci-dessus soient effectués aussi rapidement que possible;
- iii) Autoriser, dans la mesure du possible, le fonctionnement des systèmes de réfrigération nécessaires sur les véhicules transportant des denrées périssables pendant le franchissement de la frontière, à moins que cela ne soit impossible en raison des modalités de contrôle requises;
- iv) Coopérer, en particulier par l'échange préalable d'informations, avec leurs homologues des autres Parties contractantes, afin d'accélérer les formalités de passage des frontières pour les denrées périssables et les animaux vivants dans le cas où ces chargements doivent faire l'objet de contrôles sanitaires.

Article 4**Contrôle technique des véhicules**

1. Les Parties contractantes qui ne sont pas encore Parties à l'Accord concernant l'adoption de conditions uniformes applicables au contrôle technique périodique des véhicules à roues et la reconnaissance réciproque des contrôles (1997) devraient s'efforcer, en conformité avec les lois et

Artikel 3**Internationaler Straßengüterverkehr**

(1) Um den internationalen Warenverkehr zu erleichtern, unterrichten die Vertragsparteien regelmäßig alle am internationalen Güterverkehr beteiligten Parteien auf harmonisierte und koordinierte Weise über geltende oder geplante Anforderungen bezüglich der Grenzkontrolle für den internationalen Straßengüterverkehr sowie über die tatsächliche Lage an den Grenzen.

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, alle erforderlichen Kontrollverfahren so weit wie möglich und nicht nur für den Transitverkehr auf die Abfahrts- und Bestimmungsorte der auf der Straße beförderten Waren zu verlagern, um Staus an den Grenzübergängen zu vermindern.

(3) Unter Bezugnahme auf Artikel 7 dieses Übereinkommens wird dringenden Sendungen, z. B. lebenden Tieren und leicht verderblichen Waren, Vorrang eingeräumt. Die zuständigen Dienststellen an den Grenzübergängen werden insbesondere:

- i) die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Wartezeiten von ATP-geprüften Fahrzeugen zur Beförderung leicht verderblicher Lebensmittel oder für Fahrzeuge zur Beförderung lebender Tiere von ihrer Ankunft an der Grenze bis zur Verwaltungs-, Zoll- und Gesundheitskontrolle so kurz wie möglich zu halten,
- ii) sicherstellen, dass die unter Ziffer i) genannten vorgeschriebenen Kontrollen so rasch wie möglich durchgeführt werden,
- iii) im Rahmen des Möglichen den Betrieb der erforderlichen Kühleinheiten von Fahrzeugen zur Beförderung leicht verderblicher Lebensmittel während des Grenzübertritts gestatten, sofern dies nicht wegen des erforderlichen Kontrollverfahrens unmöglich ist,
- iv) vor allem durch den Austausch von Vorabinformationen mit ihren Ansprechpartnern in den anderen Ländern, die Vertragsparteien sind, zusammenarbeiten, um die Grenzübertrittsverfahren für leicht verderbliche Lebensmittel und lebende Tiere, bei denen Gesundheitskontrollen durchgeführt werden, zu beschleunigen.

Artikel 4**Fahrzeugkontrolle**

(1) Die Vertragsparteien, die noch nicht Vertragsparteien des Übereinkommens von 1997 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für regelmäßige technische Untersuchungen von Radfahrzeugen und die gegenseitige Anerkennung dieser Untersuchungen sind, sollten bestrebt sein, im Ein-

laws and regulations, to facilitate the crossing of road vehicles across borders by accepting the International Technical Inspection Certificate as provided for in this Agreement. The Technical Inspection Certificate, as contained in the Agreement as of 1 January 2004, is contained in Appendix 1 to this Annex.

2. With a view to identifying ATP-approved vehicles carrying perishable foodstuffs, the Contracting Parties may utilize the distinguishing marks affixed to the relevant equipment and the ATP certificate or plate of approval provided for in the Agreement on the International Carriage of Perishable Foodstuffs and the Special Equipment to be used for such Carriage (1970).

Article 5

International Vehicle Weight Certificate

1. In order to accelerate border crossings, the Contracting Parties, in line with relevant national and international laws and regulations, should endeavour to avoid repetitive vehicle weighing procedures at border crossings by accepting and mutually recognizing the International Vehicle Weight Certificate as contained in Appendix 2 to this Annex. In case the Contracting Parties accept such certificates, no further weight measurements shall be carried out apart from random checks and controls in the case of supposed irregularities. Vehicle weight measurements recorded in such certificates shall take place only in the country of origin of international transport operations. The results of such measurements shall be duly reflected and certified in such certificates.

2. Each Contracting Party, accepting the International Vehicle Weight Certificate, shall publish a list of all weighing stations in their country authorized in accordance with international principles as well as any modification thereto. This list as well as any modification thereto shall be transmitted to the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe of the United Nations (UNECE) for distribution to each Contracting Party and to the international organizations referred to in Annex 7, Article 2 to this Convention.

3. The minimum requirements for authorized weighing stations, the principles of authorization and the basic features of weighing procedures to be applied are contained in Appendix 2 to this Annex.

règlements nationaux et internationaux pertinents, de faciliter le franchissement des frontières aux véhicules routiers en acceptant le Certificat international de contrôle technique comme prévu dans l'Accord précité. Un modèle de certificat de contrôle technique conforme à l'Accord au 1^{er} janvier 2004 est reproduit à l'appendice 1 de la présente annexe.

2. Pour permettre d'identifier les véhicules ATP transportant des denrées périssables, les Parties contractantes peuvent utiliser les marques d'identification apposées sur le matériel en question et le certificat ou la plaque d'attestation ATP prévus dans l'Accord relatif aux transports internationaux de denrées périssables et aux engins spéciaux à utiliser pour ces transports (1970).

Article 5

Certificat international de pesée de véhicule

1. Afin d'accélérer le passage des frontières, les Parties contractantes, en conformité avec les lois et réglementations nationales et internationales applicables, devraient s'efforcer d'éviter les pesages répétés de véhicules aux points de passage des frontières en acceptant et en reconnaissant mutuellement le Certificat international de pesée de véhicule tel qu'il est présenté à l'appendice 2 de la présente annexe. Au cas où les Parties contractantes acceptent ce certificat, il ne doit pas être effectué d'autre pesage du véhicule sauf à des fins de contrôle par sondage ou de contrôle en cas d'irrégularité suspectée. Les mesures de poids du véhicule dont le résultat est enregistré dans ces certificats doivent s'effectuer seulement dans le pays d'origine de l'opération de transport international. Ces résultats doivent être dûment enregistrés et certifiés dans ces certificats.

2. Chaque Partie contractante acceptant le Certificat international de pesée de véhicule doit publier la liste de toutes les stations de pesage agréées selon les principes internationaux existant dans son pays, ainsi que toute modification à celle-ci. Cette liste ainsi que les modifications à celle-ci doivent être transmises au Secrétaire exécutif de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe pour distribution à chaque Partie contractante et aux organisations internationales visées à l'article 2 de l'annexe 7 à la présente Convention.

3. Les exigences minimales s'appliquant aux stations de pesage agréées, les principes de délivrance de leur agrément, les éléments principaux des méthodes de pesage à appliquer sont énoncés à l'appendice 2 de la présente annexe.

klang mit den einschlägigen innerstaatlichen und internationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften den Grenzübertritt von Straßenfahrzeugen zu erleichtern, indem die in jenem Übereinkommen vorgesehene Internationale Bescheinigung der technischen Untersuchung akzeptiert wird. Die Bescheinigung der technischen Untersuchung, die seit 1. Januar 2004 Bestandteil jenes Übereinkommens ist, ist in Anhang 1 dieser Anlage enthalten.

(2) Zur Erkennung von ATP-geprüften Fahrzeugen zur Beförderung leicht verderblicher Lebensmittel können die Vertragsparteien die am jeweiligen Beförderungsmittel angebrachten Unterscheidungszeichen und die ATP-Bescheinigung oder das Genehmigungsschild verwenden, die im Übereinkommen von 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind, vorgesehen sind.

Artikel 5

Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung

(1) Zur Beschleunigung des Grenzübertritts sollten die Vertragsparteien im Einklang mit den einschlägigen innerstaatlichen und internationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bestrebt sein, wiederholte Fahrzeugwiegeverfahren an Grenzübergängen zu vermeiden, indem die in Anhang 2 dieser Anlage enthaltene Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung akzeptiert und gegenseitig anerkannt wird. Wenn die Vertragsparteien diese Bescheinigungen akzeptieren, werden mit Ausnahme von Stichprobenkontrollen im Fall maßlicher Unregelmäßigkeiten keine weiteren Gewichtsmessungen durchgeführt. Die in diesen Bescheinigungen verzeichnete Fahrzeuggewichtsmessung wird nur im Ursprungsland der internationalen Beförderungsleistung vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Messung müssen in den Bescheinigungen ordnungsgemäß eingetragen und bestätigt sein.

(2) Jede Vertragspartei, die die Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung akzeptiert, veröffentlicht ein Verzeichnis aller in ihrem Land nach internationalen Grundsätzen zugelassenen Wiegestationen sowie jede diesbezügliche Änderung. Das Verzeichnis sowie jede diesbezügliche Änderung werden dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) zur Weiterleitung an die Vertragsparteien und die in Anlage 7 Artikel 2 dieses Übereinkommens genannten internationalen Organisationen übermittelt.

(3) Die Mindestanforderungen für zugelassene Wiegestationen, die Grundsätze für die Zulassung und die grundlegenden Merkmale der anzuwendenden Wiegeverfahren sind in Anhang 2 dieser Anlage enthalten.

Article 6**Border crossing points**

In order to ensure that the required formalities at border crossing points are streamlined and accelerated, the Contracting Parties shall meet, as far as possible, the following minimum requirements for border crossing points open for international goods traffic:

- (i) facilities enabling joint controls between neighbouring States (one-stop technology), 24 hours a day, whenever justified by trade needs and in line with road traffic regulations;
- (ii) separation of traffic for different types of traffic on both sides of the border allowing to give preference to vehicles under the cover of valid international Customs transit documents or carrying live animals or perishable foodstuffs;
- (iii) off-lane control areas for random cargo and vehicle checks;
- (iv) appropriate parking and terminal facilities;
- (v) proper hygiene, social and telecommunication facilities for drivers;
- (vi) encourage forwarding agents to establish adequate facilities at border crossings with the intention that they can offer services to transport operators on a competitive basis.

Article 7**Reporting mechanism**

With regard to Articles 1 to 6 of this Annex, the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe of the United Nations (UNECE) shall carry out, every second year, a survey among Contracting Parties on progress made to improve border crossing procedures in their countries.

Article 6**Points de passage aux frontières**

Pour simplifier et accélérer les formalités prescrites aux points de passage des frontières, les Parties contractantes doivent veiller à satisfaire dans la mesure du possible aux conditions minimales suivantes pour les points de passage des frontières ouverts au transport international de marchandises:

- i) Prévoir des installations permettant de procéder à des contrôles communs entre États limitrophes (système de l'arrêt unique), 24 heures sur 24, dans la mesure où les nécessités commerciales le justifient et dans le respect des règles de la circulation routière;
- ii) Aménager des voies de circulation séparées selon le type de transport, de part et d'autre de la frontière, afin de pouvoir traiter en priorité les véhicules ayant un titre de transit douanier international valable ou transportant des animaux vivants ou des denrées périssables;
- iii) Prévoir des zones d'arrêt à l'écart pour les contrôles inopinés des chargements et des véhicules;
- iv) Aménager des parcs de stationnement et des terminaux adéquats;
- v) Mettre à la disposition des conducteurs des installations sanitaires, des lieux de réunion et des moyens de télécommunication convenables;
- vi) Favoriser l'installation de commissionnaires de transport aux points de passage, dotés des installations nécessaires et offrant des services aux transporteurs à des prix concurrentiels.

Article 7**Rapports périodiques**

Pour ce qui est de la mise en œuvre des articles 1 à 6 de la présente annexe, le Secrétaire exécutif de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe effectue tous les deux ans une enquête auprès des Parties contractantes sur les progrès réalisés dans l'amélioration de l'efficacité des procédures de franchissement des frontières dans leur pays.

Artikel 6**Grenzübergänge**

(1) Um sicherzustellen, dass die vorgeschriebenen Förmlichkeiten an den Grenzübergängen vereinheitlicht und beschleunigt werden, halten die Vertragsparteien so weit wie möglich folgende Mindestanforderungen für Grenzübergänge, die dem internationalen Warenverkehr offenstehen, ein:

- i) Einrichtungen, die – entsprechend den Erfordernissen des Handels und im Einklang mit der Straßenverkehrsordnung – gemeinsame Kontrollen mit den Nachbarstaaten (einzige Anlaufstelle) rund um die Uhr ermöglichen;
- ii) Trennung der einzelnen Verkehrsarten auf beiden Seiten der Grenzen, um Fahrzeugen mit gültigen internationalen Zollpapieren bzw. Fahrzeugen zur Beförderung lebender Tiere oder leicht verderblicher Lebensmittel Vorrang einzuräumen;
- iii) Kontrollbereiche am Straßenrand für Stichprobenkontrollen von Ladung und Fahrzeug;
- iv) geeignete Parkplätze und Terminals;
- v) angemessene Sanitär-, soziale und Telekommunikationseinrichtungen für die Fahrer;
- vi) Unterstützung von Speditionsunternehmen beim Aufbau angemessener Einrichtungen an Grenzübergängen zu dem Zweck, den Verkehrsunternehmen auf Wettbewerbsbasis Dienste anzubieten.

Artikel 7**Berichterstattung**

In Bezug auf die Artikel 1 bis 6 dieser Anlage führt der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) alle zwei Jahre unter den Vertragsparteien eine Erhebung zu den erzielten Fortschritten bei der Verbesserung der Grenzübertrittsverfahren in den betreffenden Ländern durch.

Anhang 1 zu Anlage 8 des Übereinkommens
INTERNATIONALE BESCHEINIGUNG DER TECHNISCHEN UNTERSUCHUNG (1)

Appendix 1 to Annex 8 to the Convention
INTERNATIONAL TECHNICAL INSPECTION CERTIFICATE¹

Appendice 1 de l'annexe 8 à la Convention
CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTRÔLE TECHNIQUE¹

In accordance with the Agreement Concerning the Adoption of Uniform Conditions for Periodical Technical Inspections of Wheeled Vehicles and the Reciprocal Recognition of such Inspections (1997), entered into force on 27 January 2001.

Conformément à l'Accord concernant l'adoption de conditions uniformes applicables au contrôle technique périodique des véhicules à roues et la reconnaissance réciproque des contrôles de 1997, entré en vigueur le 27 janvier 2001.

In Einklang mit dem am 27. Januar 2001 in Kraft getretenen Übereinkommen von 1997 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für regelmäßige technische Untersuchungen von Radfahrzeugen und die gegenseitige Anerkennung dieser Untersuchungen.

- | | | |
|---|---|---|
| <p>1. Accredited Technical Inspection Centres are responsible for conducting the inspection tests, granting the approval of compliance with the inspection requirements of the relevant Rule(s) annexed to the 1997 Vienna Agreement, and specifying the latest date of next inspection to be indicated in line No. 12.5 of the International Technical Inspection Certificate, the model of which is reproduced hereafter.</p> | <p>1. Il incombe aux centres de contrôle technique agréés de procéder aux essais de contrôle, de délivrer l'attestation de conformité avec les prescriptions de la ou des Règles pertinentes annexées à l'Accord de Vienne de 1997 applicables au contrôle et d'indiquer à la rubrique n° 12.5 du Certificat international de contrôle technique, dont le modèle est reproduit plus loin, la date limite à laquelle le prochain contrôle doit être effectué.</p> | <p>1. Anerkannte Technische Überwachungscentren sind zuständig für die Durchführung der Untersuchungen, die Erteilung des Nachweises der Konformität mit den Überwachungsvorschriften, die in den einschlägigen, dem Wiener Übereinkommen von 1997 als Anhang beigefügten Regeln enthalten sind, und die Angabe des Zeitpunkts, zu dem die nächste Untersuchung spätestens durchzuführen ist; dieser Zeitpunkt ist in Zeile 12.5 der Internationalen Bescheinigung der technischen Untersuchung (siehe nachstehendes Muster) anzugeben.</p> |
| <p>2. The International Technical Inspection Certificate shall contain the information indicated hereafter. It may be a booklet in format A6 (148 x 105 mm), with a green cover and white inside pages, or a sheet of green or white paper of format A4 (210 x 197 mm) folded to format A6 in such a way that the section containing the distinguishing sign of the State or of the United Nations forms the top of the folded Certificate.</p> | <p>2. Le Certificat international de contrôle technique doit contenir les renseignements indiqués plus loin. Il peut se présenter sous la forme d'un livret de format A6 (148 x 105 mm), à couverture verte et à pages intérieures blanches, ou d'une feuille de papier vert ou blanc de format A4 (210 x 297 mm) pliée au format A6 de manière telle que la section où apparaît le signe distinctif du pays ou l'emblème des Nations Unies forme le dessus du certificat plié.</p> | <p>2. Die Internationale Bescheinigung der technischen Untersuchung enthält die nachstehend aufgeführten Angaben. Es kann sich dabei um ein Heft im Format A6 (148 x 105 mm) mit grünem Einband und weißen Seiten handeln oder um ein Blatt grünes oder weißes Papier im Format A4 (210 x 197 mm), das so auf das Format A6 gefaltet ist, dass der Teil mit dem Unterscheidungszeichen des Staates oder der Vereinten Nationen sich auf der gefalteten Bescheinigung oben befindet.</p> |
| <p>3. Items of the certificate and their content shall be printed in the national language of the issuing Contracting Party by maintaining the numbering.</p> | <p>3. Les rubriques du certificat doivent être remplies dans la langue officielle de la Partie contractante émettrice, en conservant la numérotation.</p> | <p>3. Der Inhalt der Bescheinigung wird in der Landessprache der ausstellenden Vertragspartei unter Beibehaltung der Nummerierung abgedruckt.</p> |
| <p>4. The periodical inspection reports which are in use in the Contracting Parties to the Agreement may be used as an alternative. A sample of them shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations for information to the Contracting Parties.</p> | <p>4. Les procès-verbaux de contrôle technique utilisés par les Parties contractantes à l'Accord peuvent aussi être admis. Un modèle de ces procès-verbaux doit être communiqué au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies pour l'information des Parties contractantes.</p> | <p>4. Alternativ können auch die bei den Vertragsparteien des Übereinkommens gebräuchlichen regelmäßigen Untersuchungsberichte verwendet werden. Ein Muster davon ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Unterrichtung der Vertragsparteien zu übermitteln.</p> |

¹ As of 1 January 2004.

¹ Version au 1^{er} janvier 2004.

(1) Ab 1. Januar 2004.

5. Handwritten, typed or computer generated entries on the International Technical Inspection Certificate to be made exclusively by the competent authorities, shall be in Latin characters.
5. Les autorités compétentes sont seules habilitées à porter des indications manuscrites, dactylographiées ou informatisées, en caractères latins, sur le Certificat international de contrôle technique.
5. Für handschriftliche, maschinenschriftliche oder rechnergenerierte Einträge in der Internationalen Bescheinigung der technischen Untersuchung, die ausschließlich von den zuständigen Behörden gemacht werden dürfen, sind lateinische Buchstaben zu verwenden.

CONTENT OF THE INTERNATIONAL TECHNICAL INSPECTION CERTIFICATE

Space for the
distinguishing
sign of the State
or of the UN

.....
(Administrative Authority responsible for technical inspection)

..... 1
CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTROLE TECHNIQUE 2

1 Title "INTERNATIONAL TECHNICAL INSPECTION CERTIFICATE" in national language.

2 Title in French.

INTERNATIONAL TECHNICAL INSPECTION CERTIFICATE

- 1. Licence plate (Registration) No
- 2. Vehicle identification No
- 3. First registration after the manufacture (State, Authority) ¹
- 4. Date of first registration after the manufacture
- 5. Date of the technical inspection

CERTIFICATE OF COMPLIANCE

- 6. This certificate is issued for the vehicle identified under Nos. 1 and 2 which complies at the date under No 5 with the Rule(s) annexed to the 1997 Agreement on the Adoption of Uniform Conditions for Periodical Technical Inspections of Wheeled Vehicles and the Reciprocal Recognition of such Inspections.
- 7. The vehicle has to undergo its next technical inspection according to the Rule(s) under No 6 not later than:

Date: (month/year)
- 8. Issued by
- 9. At (Place)
- 10. Date
- 11. Signature ²

¹ If available, authority and state where the vehicle was registered for the first time after its manufacture.

² Seal or stamp of the authority issuing the certificate.

12. Subsequent periodical technical inspection(s)¹
12.1. Done by (Technical inspection Centre) ²
12.2. (stamp)
12.3. Date
12.4. Signature
12.5. Next inspection due not later then: (month/year)

¹ Items 12.1 to 12.5 to be repeated if the Certificate is to be used for subsequent annual periodical technical inspections.

² Name, Address, State of the Technical Inspection Centre accredited by the competent Authority.

MODÈLE DE CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTRÔLE TECHNIQUE

Espace réservé au signe
distinctif du pays ou
à l'emblème des
Nations Unies

.....
(Autorité administrative responsable du contrôle technique)

..... 1
CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTRÔLE TECHNIQUE 2

1 Titre «CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTRÔLE TECHNIQUE», dans la langue officielle du pays.

2 Titre en français.

CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTRÔLE TECHNIQUE

1. Plaque d'immatriculation (n° d'immatriculation)
2. N° de série du véhicule
3. Première immatriculation après construction (État, autorité)¹
4. Date de première immatriculation après construction
5. Date du contrôle technique

CERTIFICAT DE CONFORMITÉ

6. Le présent certificat est délivré pour le véhicule désigné aux rubriques n°s 1 et 2 qui, à la date indiquée à la rubrique n° 5, est jugé conforme avec la ou les Règles annexées à l'Accord de 1997 concernant l'adoption de conditions uniformes applicables au contrôle technique périodique des véhicules à roues et la reconnaissance réciproque des contrôles.
7. Le véhicule devra subir son prochain contrôle technique selon la ou les Règles visées à la rubrique n° 6, au plus tard le:

Date (mois/année)
8. Délivré par
9. À (lieu)
10. Date
11. Signature²

¹ Si possible, autorité et État ayant autorisé la première immatriculation du véhicule après construction.

² Sceau ou cachet de l'autorité délivrant le certificat.

12. Contrôle(s) technique(s) périodique(s) ultérieur(s)¹	
12.1.	Effectué par (Centre de contrôle technique) ²
12.2.	(Cachet)
12.3.	Date
12.4.	Signature
12.5.	Prochain contrôle à effectuer au plus tard le: date (mois/année)

¹ Répondre à nouveau aux rubriques 12.1 à 12.5 dans les cases suivantes si le certificat est réutilisé pour des contrôles périodiques annuels ultérieurs.

² Nom, adresse et pays du Centre de contrôle technique agréé par l'autorité compétente.

INHALT DER INTERNATIONALEN BESCHEINIGUNG DER TECHNISCHEN UNTERSUCHUNG

Raum für das
Unterscheidungszeichen
des Staates oder der VN

.....
(für die technische Untersuchung zuständige Verwaltungsbehörde)

..... (1)
CERTIFICAT INTERNATIONAL DE CONTROLE TECHNIQUE (2)

(1) Titel der „INTERNATIONALEN BESCHEINIGUNG DER TECHNISCHEN UNTERSUCHUNG“ in der Landessprache.

(2) Titel in französischer Sprache.

INTERNATIONALE BESCHEINIGUNG DER TECHNISCHEN UNTERSUCHUNG

- 1. Kennzeichen (Zulassung) Nr.
- 2. Fahrzeug-Identifizierungsnummer
- 3. Erstzulassung nach Herstellung (Staat, Behörde) (1)
- 4. Datum der Erstzulassung nach Herstellung
- 5. Datum der Technischen Untersuchung

KONFORMITÄTSBESCHEINIGUNG

- 6. Diese Bescheinigung wird erteilt für das unter den Nummern 1 und 2 bestimmte Fahrzeug, das an dem unter Nummer 5 genannten Datum mit der/den im Anhang des Übereinkommens von 1997 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für regelmäßige technische Untersuchungen von Radfahrzeugen und die gegenseitige Anerkennung dieser Untersuchungen enthaltenen Regel(n) konform ist.
- 7. Das Fahrzeug muss aufgrund der/den unter Nummer 6 genannten Regel(n) der nächsten technischen Untersuchung unterzogen werden bis spätestens:

Datum (Monat/Jahr)
- 8. Ausgestellt von
- 9. In (Ort)
- 10. Datum
- 11. Unterschrift (2)

(1) Nach Möglichkeit Behörde und Staat, in dem das Fahrzeug nach der Herstellung erstmalig zugelassen wurde.

(2) Siegel oder Stempel der Behörde, die die Bescheinigung ausstellt.

12.	Weitere regelmäßige technische Untersuchung(en) ⁽¹⁾
12.1.	Durchgeführt von (Technisches Überwachungszentrum) ⁽²⁾
12.2.	(Stempel)
12.3.	Datum
12.4.	Unterschrift:
12.5.	Nächste Untersuchung spätestens: (Monat/Jahr)

⁽¹⁾ Die Nummern 12.1 bis 12.5 sind zu wiederholen, falls die Bescheinigung für die weitere jährliche regelmäßige technische Untersuchung verwendet wird.

⁽²⁾ Name, Anschrift, Staat des von der zuständigen Behörde zugelassenen Technischen Überwachungszentrums.

Anhang 2 zu Anlage 8 des Übereinkommens
INTERNATIONALE FAHRZEUGGEWICHTSBESCHEINIGUNG

Appendix 2 to Annex 8 to the Convention
INTERNATIONAL VEHICLE WEIGHT CERTIFICATE

Appendice 2 de l'annexe 8 à la Convention
CERTIFICAT INTERNATIONAL DE PESÉE DE VÉHICULE

- | | | |
|--|--|---|
| <p>1. The objective of the International Vehicle Weight Certificate (IVWC) is to facilitate border crossing procedures and, in particular, to avoid repetitive weight measurements of goods road vehicles en route in the Contracting Parties. Duly filled-in certificates, accepted by the Contracting Parties, shall be accepted as bearing valid weight measurements by the competent authorities of Contracting Parties. Competent authorities shall refrain from requiring additional weight measurements apart from random checks and controls in the case of supposed irregularities.</p> | <p>1. Le Certificat international de pesée de véhicule (CIPV) a pour objet de faciliter les formalités de passage des frontières, et en particulier d'éviter le pesage répété de véhicules routiers transportant des marchandises en circulation sur le territoire de Parties contractantes. Les certificats correctement remplis au cas où ils sont acceptés par les Parties contractantes doivent être admis comme preuve valide du poids mesuré par les autorités compétentes des Parties contractantes. Les autorités compétentes doivent s'abstenir d'exiger d'autres pesages sauf lors de contrôles par sondage et de contrôles en cas d'irrégularité suspectée.</p> | <p>1. Ziel der Internationalen Fahrzeuggewichtsbescheinigung (International Vehicle Weight Certificate, IVWC) ist die Vereinfachung der Grenzüberschreitungsverfahren und insbesondere die Vermeidung der wiederholten Gewichtsmessung von Straßengüterfahrzeugen, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien unterwegs sind. Die Angaben in ordnungsgemäß ausgefüllten, von den Vertragsparteien akzeptierten Bescheinigungen werden von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien als gültige Gewichtsmessung akzeptiert. Die zuständigen Behörden fordern keine zusätzlichen Gewichtsmessungen, mit Ausnahme von Stichprobenkontrollen im Fall mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten.</p> |
| <p>2. The International Vehicle Weight Certificate, which shall conform to the model reproduced below in this Appendix, shall be issued and used under the supervision of a designated Governmental authority in each Contracting Party accepting such certificates in line with the procedure described in the annexed certificate.</p> | <p>2. Le Certificat international de pesée de véhicule, qui doit être conforme au modèle reproduit ci-après, doit être délivré et utilisé sous la supervision d'une autorité désignée dans chaque Partie contractante acceptant ce certificat, conformément à la procédure décrite dans le certificat joint en annexe.</p> | <p>2. Die Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung, die dem nachstehend reproduzierten Muster entspricht, wird in jeder Vertragspartei, die diese Bescheinigung akzeptiert, unter Aufsicht einer dafür benannten staatlichen Stelle nach dem in der beigegeführten Bescheinigung beschriebenen Verfahren erteilt und verwendet.</p> |
| <p>3. The use of the certificate by transport operators is optional.</p> | <p>3. L'utilisation du certificat par les transporteurs est facultative.</p> | <p>3. Die Verwendung der Bescheinigung durch die Verkehrsunternehmer ist freiwillig.</p> |
| <p>4. The Contracting Parties, accepting such certificates, shall approve authorized weighing stations to fill-in, together with the operator/driver of the goods road vehicle, the International Vehicle Weight Certificate in accordance with the following minimum requirements:</p> | <p>4. Les Parties contractantes, au cas où elles acceptent ces certificats doivent agréer des stations de pesage, qui sont autorisées à remplir, avec l'exploitant ou le conducteur du véhicule routier transportant des marchandises, le Certificat international de pesée de véhicule conformément aux prescriptions minimales ci-après:</p> | <p>4. Die Vertragsparteien, die diese Bescheinigungen akzeptieren, genehmigen zugelassene Wiegestationen, die gemeinsam mit dem Betreiber/Fahrer des Nutzfahrzeugs die Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung nach Maßgabe der folgenden Mindestanforderungen ausfüllen:</p> |
| <p>(a) Weighing stations shall be equipped with certified weighing instruments. For performing the weight measurements, the Contracting Parties accepting such certificates may select the method and instruments they consider appropriate. The Contracting Party accepting such certificates shall ensure the competence of the weighing stations by, for example, an accreditation or assessment process and shall ensure the use of</p> | <p>a) Les stations de pesage doivent être équipées d'un matériel de pesage homologué. Pour les mesures, les Parties contractantes au cas où elles acceptent ces certificats peuvent choisir la méthode et les instruments qu'elles jugent adaptés. Les Parties contractantes au cas où elles acceptent ces certificats s'assurent, par exemple par un agrément ou une évaluation, que les stations de pesage disposent des instruments</p> | <p>a) Die Wiegestationen werden mit zertifizierten Waagen ausgerüstet. Zur Durchführung der Gewichtsmessung können die Vertragsparteien, die diese Bescheinigungen akzeptieren, die ihnen geeignet erscheinende Methode und Instrumente auswählen. Die Vertragspartei, die diese Bescheinigungen akzeptiert, gewährleistet die Kompetenz der Wiegestationen etwa durch einen Anerkennungs- oder Bewertungs-</p> |


the appropriate weighing instruments, the deployment of qualified personnel, and the existence of properly documented quality control systems and testing procedures.

de pesage appropriés, d'un personnel qualifié et de systèmes de contrôle de la qualité et de procédures d'essai éprouvés.

prozess und gewährleistet die Verwendung geeigneter Waagen, den Einsatz qualifizierten Personals und die Existenz nachweislicher Qualitätskontrollsysteme und Prüfverfahren.

- (b) The weighing stations and their instruments shall be well maintained. The instruments shall be regularly verified and sealed by the relevant authorities responsible for weights and measures. The weighing instruments, their maximum permissible errors and usage shall comply with the Recommendations established by the International Organization of Legal Metrology (OIML).
- (c) Weighing stations shall be equipped with weighing instruments corresponding to either:
- OIML Recommendation R 76 "Non-automatic weighing instruments" accuracy class III or better;
 - OIML Recommendation R 134 "Automatic instruments for weighing road vehicles in motion", accuracy class 2 or better, higher error values may apply in case of individual axle weight measurements.
5. In exceptional cases and, particularly when irregularities are suspected, or at the demand of the transport operator/driver of the respective road vehicle, the competent authorities may re-weigh the vehicle. In case a weighing station produces several mistaken measurements, observed by the control authorities in a Contracting Party accepting such certificates, the competent authorities of the country of the weighing station shall take appropriate measures in order to ensure that such events will not occur again.
6. The model of the certificate may be reproduced in any of the languages of the Contracting Parties accepting such certificates provided that the layout of the certificate and the placing of the items therein are not modified.
7. Each Contracting Party accepting such certificates, shall publish a list of all weighing stations in their countries authorized in accordance with international principles as well as any modifications thereto. This list as well as any modification thereto shall be transmitted to the Executive Secretary of the Economic Commission for Europe of the United Nations (UNECE) for distribution to each Contracting Party and to the international organizations referred to in Annex 7, Article 2 to this Convention.
- b) Les stations et instruments de pesage doivent être bien entretenus. Les instruments doivent être régulièrement contrôlés et scellés par les autorités compétentes responsables des poids et mesures. Ces instruments de pesage, leur taux d'erreur maximum admissible et leur utilisation doivent être conformes aux Recommandations établies par l'Organisation internationale de métrologie légale (OIML).
- c) Les stations de pesage doivent être équipées d'instruments de pesage conformes:
- Soit à la Recommandation R 76 de l'OIML «Instruments de pesage à fonctionnement non automatique», avec une précision de classe III ou mieux;
 - Soit à la Recommandation R 134 de l'OIML «Instruments de pesage dynamique de véhicules routiers à fonctionnement automatique» avec une précision de classe II ou mieux; de plus grandes tolérances sont admises en cas de mesure de la charge par essieu.
5. Dans des cas exceptionnels et en particulier lorsqu'elles soupçonnent l'existence d'irrégularités, ou à la demande de l'exploitant ou du conducteur du véhicule routier en question, les autorités compétentes peuvent procéder à un nouveau pesage du véhicule. Au cas où les autorités de contrôle d'une Partie contractante acceptant ces certificats constaterait des erreurs de mesure répétées provenant d'une station de pesage, les autorités compétentes du pays où est située la station de pesage doivent prendre des mesures appropriées afin d'empêcher de telles erreurs de se reproduire à l'avenir.
6. Le modèle de certificat ci-joint peut être reproduit dans l'une quelconque des langues des Parties contractantes au cas où elles acceptent ces certificats, à condition que sa présentation et celle des rubriques ne soient pas modifiées.
7. Chaque Partie acceptant ces certificats doit publier la liste de toutes les stations de pesage agréées conformément aux principes internationaux existant dans son pays, ainsi que les modifications à celle-ci. Cette liste ainsi que toute modification la concernant doivent être transmises au Secrétaire exécutif de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe pour distribution à chaque Partie contractante et aux organisations internationales visées à l'article 2 de l'annexe 7 à la présente Convention.
- b) Die Wiegestationen und ihre Instrumente werden gut gewartet. Die Instrumente werden regelmäßig durch die für Maße und Gewichte zuständigen Behörden überprüft und versiegelt. Die Waagen, ihre höchstzulässigen Messfehler und Verwendung sind mit den Empfehlungen der Internationalen Organisation für das gesetzliche Messwesen (OIML) konform.
- c) Die Wiegestationen sind ausgerüstet mit Waagen, die entweder entsprechen:
- der OIML-Empfehlung R 76 „Nichtselbsttätige Waagen“ der Genauigkeitsklasse III oder darüber;
 - der OIML-Empfehlung R 134 „Selbsttätige Instrumente zum Wiegen von Straßenfahrzeugen während der Fahrt“, Genauigkeitsklassen 2 oder darüber, bei Einzelachslastmessungen können höhere Messfehlerwerte auftreten.
5. In Ausnahmefällen und vor allem bei mutmaßlichen Unregelmäßigkeiten oder auf Ersuchen des Verkehrsunternehmers/Fahrers des betreffenden Straßenfahrzeugs kann die zuständige Behörde das Fahrzeug erneut wiegen. Stellen die Kontrollbehörden einer Vertragspartei, die diese Bescheinigungen akzeptiert, fest, dass eine Wiegestation mehrere Falschmessungen liefert, so treffen die zuständigen Behörden des Landes, in dem sich die Wiegestation befindet, geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass dies nicht wieder vorkommt.
6. Die Musterbescheinigung kann in allen Sprachen der Vertragsparteien, die diese Bescheinigungen akzeptieren, reproduziert werden, sofern das Layout der Bescheinigung und der Platz der einzelnen Posten nicht verändert werden.
7. Jede Vertragspartei, die diese Bescheinigung akzeptiert, lässt ein Verzeichnis aller in ihrem Land nach internationalen Grundsätzen zugelassenen Wiegestationen sowie jede diesbezügliche Änderung veröffentlichen. Das Verzeichnis sowie jede diesbezügliche Änderung werden dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) zur Weiterleitung an alle Vertragsparteien und die in Anlage 7 Artikel 2 dieses Übereinkommens genannten internationalen Organisationen übermittelt.

8. (Transitional provision) Since only very few weighing stations are equipped at present with weighing instruments able to provide individual axle weight or axle group measurements, the Contracting Parties, accepting such certificates agree that, during a transitional period expiring 12 months following the entry into force of this Annex, gross vehicle weight measurements as provided for under item 7.3 in the International Vehicle Weight Certificate shall be sufficient and shall be accepted by the competent national authorities.
8. (Disposition transitoire) Étant donné que très peu de stations de pesage seulement sont actuellement équipées d'instruments de pesage permettant de mesurer la charge par essieu ou par groupe d'essieux, les Parties contractantes acceptant ces certificats conviennent que, pendant une période transitoire expirant 12 mois après l'entrée en vigueur de la présente annexe, la valeur mesurée du poids brut du véhicule, comme prévu à la rubrique 7.3 du Certificat international de pesée de véhicule, sera jugée suffisante et sera acceptée par les autorités nationales compétentes.
8. (Übergangsbestimmung) Da derzeit nur wenige Wiegestationen mit Waagen ausgerüstet sind, mit denen die Achslast von Einzelachsen oder Achsgruppen bestimmt werden kann, kommen die Vertragsparteien, die diese Bescheinigungen akzeptieren, überein, dass während eines Übergangszeitraums, der zwölf Monate nach Inkrafttreten dieser Anlage ausläuft, das unter Nummer 7.3 der Internationalen Fahrzeuggewichtsbescheinigung vorgesehene Bruttogewicht des Fahrzeugs ausreichend ist und von den zuständigen nationalen Behörden akzeptiert wird.

 UNITED NATIONS ECONOMIC COMMISSION FOR EUROPE UNECE		INTERNATIONAL VEHICLE WEIGHT CERTIFICATE (IVWC) In accordance with the provisions of Annex 8 – Facilitation of Border Crossing Procedures for International Road Transport – to the International Convention on the Harmonization of Frontier Controls of Goods, 1982 Valid for international road transport of goods			
To be filled-in by the transport operator(s)/driver(s) of the goods road vehicle <i>BEFORE</i> weighing the vehicle					
1. Transport operator/company (name and address; incl. country)				Tel. No.	
				Fax. No.	
				E-mail	
2. Transport contract No. ⁽¹⁾			TIR Carnet No. (if applicable) ⁽²⁾		
3. Details of goods road vehicle					
3.1. Registration number of		Road tractor/lorry		Semi-trailer/trailer	
3.2. Suspension system of		Road tractor/lorry <input type="checkbox"/> Air <input type="checkbox"/> Mechanical <input type="checkbox"/> Other		Semi-trailer/trailer <input type="checkbox"/> Air <input type="checkbox"/> Mechanical <input type="checkbox"/> Other	
To be filled-in by the operator of the authorized weighing station					
4. Authorized weighing station (name and address; incl. country) 4.1. Accuracy class of the weighing instrument ⁽⁴⁾ <input type="checkbox"/> Class II <input type="checkbox"/> Class III and/or <input type="checkbox"/> < 0.5 <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 4.2. Date of last calibration				5. Vehicle weight measurement No. ⁽³⁾	
				6. Date of issue (day, month, year)	
7. Weight measurements of goods road vehicles (original and official record of the weighing station shall be affixed to this certificate)					
7.1. Type of goods road vehicle ⁽⁵⁾					
7.2. Axle weight measurements, in kg					
	<i>Driven</i>	<i>Non-driven</i>	<i>Single</i>	<i>Tandem</i>	<i>Triple</i>
First axle					
Second axle					
Third axle					
Fourth axle					
Fifth axle					
Sixth axle ⁽⁶⁾					
7.3. Gross vehicle weight measurements, in kg		Road tractor/lorry		Semi-trailer/trailer	
				Total gross vehicle weight	

8. Special weight characteristics 8.1. Tank(s) connected to the engine Capacity filled to <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1 8.2. Additional tank(s) (for cooling devices, etc.) Capacity filled to <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1		8.3. No. of spare tyres
		8.4. No. of person(s) on board while weighing
		8.5. Lifiable axle <input type="checkbox"/> Yes <input type="checkbox"/> No
I declare that the above weight measurements taken have been duly performed by the undersigned at an authorized weighing station		Stamp
Name of operator of weighing station	Signature	

- (1) For instance: CMR Consignment Note Number.
- (2) In accordance with the TIR Convention, 1975.
- (3) See Notes on page 2.
- (4) In accordance with OIML Recommendation R 76 and/or Recommendation R 134.
- (5) Vehicle type code as contained in the attached sketches, for example: A₂ or A₂S₂.
- (6) If more than six axles, indicate in box "Remarks", on page 2.

To be filled-in by the transport operator(s)/driver(s) of the goods road vehicle <i>AFTER</i> weighing the vehicle		
<p>I declare that:</p> <p>(a) the weight measurements stated overleaf have been performed by the abovementioned weighing station,</p> <p>(b) the information (1) to (8) has been duly filled-in and</p> <p>(c) no load has been added to the goods road vehicle following its weighing at the above-mentioned weighing station.</p>		
Date	Name of transport operator(s)/driver(s) of goods road vehicle	Signature(s)
Remarks (if any)		
Notes		
<p>The vehicle weight measurement number shall consist of three data elements linked by hyphens:</p> <p>(1) Country code (in accordance with the UN Convention on Road Traffic, 1968).</p> <p>(2) Two-digit code allowing identification of national weighing station.</p> <p>(3) Five-digit code (at least) allowing identification of individual weight measurement taken.</p> <p>Examples: GR-01-23456 or RO-14-000510.</p> <p>This serial number shall correspond to that applied in the books of the weighing station.</p>		

INTERNATIONAL VEHICLE WEIGHT CERTIFICATE (IVWC)**LEGAL BASIS**

The International Vehicle Weight Certificate has been drawn up in accordance with the provisions of Annex 8 – Facilitation of Border Crossing Procedures for International Road Transport – to the International Convention on the Harmonization of Frontier Controls of Goods, 1982.

OBJECTIVE

The International Vehicle Weight Certificate is designed to avoid repetitive weight measurements of goods road vehicles en route in international transport, particularly at border crossings. The use of this certificate by transport operators is optional.

PROCEDURE

If Contracting Parties accept the International Vehicle Weight Certificate duly filled-in by (a) the operator of an approved weighing station and (b) the transport operator(s)/goods road vehicle driver(s), it shall be accepted and recognized as bearing valid weight measurements by the competent authorities of the Contracting Parties. As a general rule, competent authorities shall accept the information contained in this Certificate as valid and shall refrain from requiring additional weight measurements. To prevent abuse, the competent authorities may however, in exceptional cases, and particularly when irregularities are suspected, carry out an examination of the vehicle weight in accordance with national regulations.

Weight measurements in order to establish this certificate shall be made, upon the request of the transport operator(s)/goods road vehicle driver(s) whose vehicle is registered in one of the Contracting Parties accepting such certificates, by approved weighing stations at costs which shall be limited to the services rendered.

For the purposes of this certificate, approved weighing stations shall be equipped with weighing instruments corresponding to either:

- OIML Recommendation R 76 “Non-automatic weighing instruments” accuracy class III or better;
or
- OIML Recommendation R 134 “Automatic instruments for weighing road vehicles in motion”, accuracy classes 2 or better, higher error values may apply in case of individual axle weight measurements.

SANCTIONS


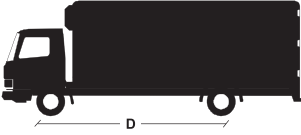





Transport operator(s)/goods road vehicles driver(s) are subject to the national legislation for any false declaration made in the International Vehicle Weight Certificate.

In determining the legal value of the weight measurement(s), an estimation of the possible weighing error must be made for each weighing system. This error value, consisting of the intrinsic error of the weighing equipment and the error due to external factors, must be deducted from the measured weight in order to ensure that a possible overweight measurement is not caused by the inaccuracy of the weighing equipment and/or the weighing procedure used.

As a consequence, fines shall not be imposed on transport operators utilizing this certificate unless the weight measurement(s) inscribed in this certificate minus the maximum possible weighing error (i.e. 2 per cent maximum or 800 kg in case of a 40 tonne vehicle) exceed(s) the maximum permissible weight(s) as prescribed by the national legislation.

ATTACHMENT to the INTERNATIONAL VEHICLE WEIGHT CERTIFICATE (IVWC) Sketches of types of goods road vehicles as required under item 7.1 of the IVWC			
No.	Goods road vehicles	Vehicle Type * means first alternative axle configuration ** means second alternative axle configuration	Distance between axles (m)⁽¹⁾ (1) No specification is given if not relevant








I. RIGID VEHICLES





1		A_2	$D < 4.0$
2		A_2^*	$D \geq 4.0$
3		A_3	
4		A_4	
5		A_3^*	
6		A_4^*	
7		A_5	

No.	Goods road vehicles	Vehicle Type * means first alternative axle configuration ** means second alternative axle configuration	Distance between axles (m)⁽¹⁾ (1) No specification is given if not relevant
-----	---------------------	---	--




II. COMBINATION OF VEHICLES



(coupled vehicles according to the Convention on Road Traffic (1968), Chapter I, Article 1 (t))



1		A ₂ T ₂	
2		A ₂ T ₃	
3		A ₃ T ₂	
4		A ₃ T ₃	
5		A ₃ T ₃ [*]	
6		A ₂ C ₂	
7		A ₂ C ₃	


No.	Goods road vehicles	Vehicle Type * means first alternative axle configuration ** means second alternative axle configuration	Distance between axles (m)⁽¹⁾ (1) No specification is given if not relevant
8		A ₃ C ₂	
9		A ₃ C ₃	
10		A ₂ C ₁	
11		A ₃ C ₁	

III. ARTICULATED VEHICLES

1	with 3 axles		A ₂ S ₁	
2	with 4 axles (single or tandem)		A ₂ S ₂	D ≤ 2.0
			A ₂ S ₂ [*]	D > 2.0

No.	Goods road vehicles	<p>Vehicle Type * means first alternative axle configuration ** means second alternative axle configuration</p>	<p>Distance between axles (m)⁽¹⁾ (1) No specification is given if not relevant</p>
			<p>A₃ S₁</p>
<p>3</p>	<p>with 5 or 6 axles (single, tandem, triple)</p>		<p>A₂ S₃</p>
			<p>A₂ S₃*</p>
			<p>A₂ S₃**</p>
			<p>A₃ S₂</p> <p>D ≤ 2.0</p>
			<p>A₃ S₂*</p> <p>D > 2.0</p>
			<p>A₃ S₃</p>

No.	Goods road vehicles		Vehicle Type ** means first alternative axle configuration ** means second alternative axle configuration	Distance between axles (m)⁽¹⁾ (1) No specification is given if not relevant
			$A_3 S_3^*$	
			$A_3 S_3^{**}$	
		Without sketch	$A_n S_n$	

 NATIONS UNIES COMMISSION ÉCONOMIQUE POUR L'EUROPE		CERTIFICAT INTERNATIONAL DE PESÉE DE VÉHICULE (CIPV) Conforme aux dispositions de l'annexe 8, «Facilitation du passage des frontières en transport routier international», à la Convention internationale sur l'harmonisation des contrôles des marchandises aux frontières, 1982 Valable pour le transport international routier de marchandises			
À compléter par l'exploitant ou le conducteur du véhicule routier transportant des marchandises <i>AVANT</i> le pesage					
1. Transporteur (nom et adresse, y compris le pays)			Téléphone:		
			Télécopie:		
			Courrier électronique:		
2. Contrat de transport n° ¹		Carnet TIR n° (le cas échéant) ²			
3. Renseignements concernant le véhicule					
3.1. Numéro d'immatriculation		Tracteur routier/camion		Semi-remorque/remorque	
3.2. Système de suspension		Tracteur routier/camion <input type="checkbox"/> Pneumatique <input type="checkbox"/> Mécanique <input type="checkbox"/> Autre		Semi-remorque/remorque <input type="checkbox"/> Pneumatique <input type="checkbox"/> Mécanique <input type="checkbox"/> Autre	
À remplir par le responsable de la station de pesage agréée					
4. Station de pesage agréée (nom et adresse, y compris le pays)			5. Pesage de véhicule n° ³		
4.1. Classe de précision de l'instrument de pesage ⁴ <input type="checkbox"/> Classe II <input type="checkbox"/> Classe III ou mieux et/ou <input type="checkbox"/> < 0,5 <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2			6. Date de délivrance (jour, mois, année)		
4.2. Date du dernier étalonnage					
7. Poids mesurés sur les véhicules routiers transportant des marchandises (Le procès-verbal original et officiel de la station de pesage doit être attaché au présent certificat)					
7.1. Type de véhicule ⁵					
7.2. Charge par essieu, en kg					
	<i>Essieu moteur</i>	<i>Essieu non moteur</i>	<i>Essieu simple</i>	<i>Essieu-tandem</i>	<i>Essieu triple</i>
Premier essieu					
Deuxième essieu					
Troisième essieu					
Quatrième essieu					
Cinquième essieu					
Sixième essieu ⁶					
7.3. Poids brut du véhicule, en kg		Tracteur routier/camion		Semi-remorque/remorque	
				Poids brut total du véhicule	

8. Caractéristiques de poids particulières 8.1. Carburant dans les réservoirs d'alimentation: remplissage <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1 8.2. Carburant dans des réservoirs supplémentaires: (y compris pour les dispositifs de refroidissement) remplissage <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1		8.3. Nombre de pneus de secours _____ 8.4. Nombre de personnes à bord au moment du pesage _____ 8.5. Essieu relevable <input type="checkbox"/> oui <input type="checkbox"/> non
Je, soussigné, déclare que les pesages ci-dessus ont été effectués avec la précision requise dans une station de pesage agréée.		Timbre _____ _____
Nom du responsable de la station de pesage	Signature	

¹ Par exemple lettre de voiture CMR n°.

² Conformément à la Convention TIR, 1975.

³ Voir notes p. 2.

⁴ Conformément à la Recommandation R 76 et/ou à la Recommandation R 134 de l'OIML.

⁵ Code du type de véhicule selon croquis joints, par exemple: A₂ ou A₂S₂.

⁶ Si le nombre d'essieux est supérieur à six, l'indiquer dans la case «Remarques», p. 2.

À remplir par l'exploitant ou le conducteur *APRÈS* le pesage du véhicule

Je déclare:

- a) Que les pesages mentionnés au recto ont été effectués par la station de pesage indiquée,
- b) Que les rubriques 1 à 8 ont été correctement remplies, et
- c) Qu'aucune charge n'a été ajoutée au véhicule après son passage à la station de pesage agréée indiquée.

Date	Nom du (ou des) conducteur(s) du véhicule	Signature(s)
------	---	--------------

Remarques

Notes

Le numéro de la pesée de véhicule consiste en trois éléments de données séparés par des tirets:

- 1) Code de pays (conformément à la Convention des Nations Unies sur la circulation routière, 1968).
- 2) Code à deux chiffres permettant d'identifier la station de pesage nationale.
- 3) Code à cinq chiffres (au moins) permettant l'identification de chaque pesée effectuée.

Exemples: GR-01-23456 ou RO-14-000510.

Ce numéro de série correspond à celui qui figure au registre de la station de pesage.

CERTIFICAT INTERNATIONAL DE PESÉE DE VÉHICULE (CIPV)**BASE JURIDIQUE**

Le Certificat international de pesée de véhicule (CIPV) a été élaboré conformément aux dispositions de l'annexe 8 «Facilitation du passage des frontières en transport routier international» à la Convention internationale sur l'harmonisation des contrôles des marchandises aux frontières, 1982 («Convention sur l'harmonisation»).

OBJECTIF

Le Certificat international de pesée de véhicule (CIPV) a pour objet d'éviter le pesage répété de véhicules routiers transportant des marchandises sur un trajet international en route, en particulier au passage des frontières. L'utilisation de ce certificat par les transporteurs est facultative.

PROCÉDURE

Au cas où les Parties contractantes acceptent le Certificat international de pesée de véhicule (CIPV), ce certificat, lorsqu'il est dûment rempli par a) le responsable d'une station de pesage agréée et b) l'exploitant ou le conducteur du véhicule routier transportant des marchandises, doit être accepté et admis par les autorités compétentes des Parties contractantes comme attestant la validité des résultats des pesages. En règle générale, les autorités compétentes doivent accepter les renseignements indiqués dans le Certificat comme étant valables et doivent s'abstenir d'exiger d'autres pesages. Toutefois, pour prévenir les abus, les autorités compétentes peuvent, dans des cas exceptionnels et en particulier lorsqu'elles suspectent une irrégularité, contrôler le poids du véhicule conformément à la réglementation nationale.

Aux fins de l'établissement de ce certificat, le pesage doit être effectué, à la demande de l'exploitant ou du conducteur d'un véhicule routier immatriculé dans le territoire d'une Partie contractante acceptant ces certificats par des stations de pesage agréées et pour un coût correspondant uniquement aux services rendus.

Les stations de pesage doivent être équipées d'instruments de pesage conformes:

- Soit à la Recommandation R 76 de l'OIML «Instruments de pesage à fonctionnement non automatique», avec une précision de classe III ou mieux;
- Soit à la Recommandation R 134 de l'OIML «Instruments de pesage dynamique de véhicules routiers à fonctionnement automatique» avec une précision de classe 2 ou mieux; de plus grandes tolérances sont admises en cas de mesure de la charge par essieu.

SANCTIONS

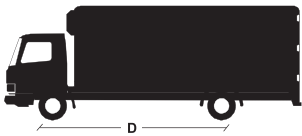






L'exploitant ou le conducteur de véhicules routiers transportant des marchandises fera l'objet des sanctions prévues par la législation nationale en cas de fausse déclaration consignée sur le Certificat international de pesée de véhicule (CIPV).

Lors de la détermination de la valeur légale de la ou des pesées, l'erreur possible doit être estimée pour chaque système de pesage. La valeur obtenue, qui comprend l'erreur intrinsèque du matériel de pesage et l'erreur imputable à des facteurs externes, doit être déduite du poids mesuré pour éviter qu'une surcharge éventuellement constatée ne soit en fait due à l'imprécision du matériel et/ou à la méthode de pesage utilisée.

En conséquence, il ne pourra être infligé d'amende au transporteur utilisant ce certificat que si les résultats de la ou des pesées portés sur le Certificat, minorés de l'erreur maximale possible de pesée (c'est-à-dire 2 % ou 800 kg dans le cas d'un véhicule de 40 t) sont supérieurs au poids maximal admissible prévu dans la législation nationale.

ANNEXE AU CERTIFICAT INTERNATIONAL DE PESÉE DE VÉHICULE (CIPV) Croquis représentant les types de véhicule mentionnés à la rubrique 7.1 du CIPV			
N°	Véhicules routiers de transport de marchandises	Type de véhicule * correspond à la première configuration d'essieu représentée ** correspond à la deuxième configuration d'essieu représentée	Empattement (en m)¹ ¹ Non précisé lorsque le critère n'est pas pertinent








I. VÉHICULES RIGIDES





1		A ₂	D < 4,0
2		A ₂ [*]	D ≥ 4,0
3		A ₃	
4		A ₄	
5		A ₃ [*]	
6		A ₄ [*]	
7		A ₅	

N°	Véhicules routiers de transport de marchandises	Type de véhicule * correspond à la première configuration d'essieu représentée ** correspond à la deuxième configuration d'essieu représentée	Empattement (en m) ¹ 1 Non précisé lorsque le critère n'est pas pertinent
----	---	---	---




II. ENSEMBLES DE VÉHICULES





(véhicules accouplés au sens de l'article 1 t) du chapitre I de la Convention de 1968 sur la circulation routière)



1		A ₂ T ₂	
2		A ₂ T ₃	
3		A ₃ T ₂	
4		A ₃ T ₃	
5		A ₃ T ₃ [*]	
6		A ₂ C ₂	
7		A ₂ C ₃	


N°	Véhicules routiers de transport de marchandises	Type de véhicule * correspond à la première configuration d'essieu représentée ** correspond à la deuxième configuration d'essieu représentée	Empattement (en m) ¹ 1 Non précisé lorsque le critère n'est pas pertinent
8		A ₃ C ₂	
9		A ₃ C ₃	
10		A ₂ C ₁	
11		A ₃ C ₁	

III. VÉHICULES ARTICULÉS

1	À 3 essieux		A ₂ S ₁	
2	À 4 essieux (simples ou tandem)		A ₂ S ₂	D ≤ 2,0
			A ₂ S ₂ [*]	D > 2,0

N°	Véhicules routiers de transport de marchandises	Type de véhicule * correspond à la première configuration d'essieu représentée ** correspond à la deuxième configuration d'essieu représentée	Empattement (en m) ¹ 1 Non précisé lorsque le critère n'est pas pertinent
			A ₃ S ₁
3	À 5 ou 6 essieux (simples, tandem ou triples)		A ₂ S ₃
			A ₂ S ₃ *
			A ₂ S ₃ **
			A ₃ S ₂ D ≤ 2,0
			A ₃ S ₂ * D > 2,0
			A ₃ S ₃

N°	Véhicules routiers de transport de marchandises		Type de véhicule * correspond à la première configuration d'essieu représentée ** correspond à la deuxième configuration d'essieu représentée	Empattement (en m)¹ 1 Non précisé lorsque le critère n'est pas pertinent
			A ₃ S ₃ *	
			A ₃ S ₃ **	
		Sans croquis	A _n S _n	

 VEREINTE NATIONEN WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA UNECE		INTERNATIONALE FAHRZEUGGEWICHTSBESCHEINIGUNG (IVWC) In Übereinstimmung mit Anlage 8 – Erleichterung der Grenzübertrittsverfahren im internationalen Straßenverkehr – des Internationalen Übereinkommens von 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen Gültig für den internationalen Straßengüterverkehr			
Durch den/die Verkehrsunternehmer/Fahrer des Nutzfahrzeugs <i>VOR</i> dem Wiegen des Fahrzeugs auszufüllen					
1. Verkehrsunternehmer (Name und Anschrift; einschließlich Land)			Tel.-Nr.		
			Telefax-Nr.		
			E-Mail		
2. Beförderungspapier Nr. (1)			Nr. Carnet TIR (gegebenenfalls) (2)		
3. Einzelheiten des Nutzfahrzeugs					
3.1. Kennzeichen der/des		Sattelzugmaschine/LKW		Sattelanhänger/Anhänger	
3.2. Federungssystem		Sattelzugmaschine/LKW <input type="checkbox"/> Luft <input type="checkbox"/> Mechanik <input type="checkbox"/> Sonstige		Sattelanhänger/Anhänger <input type="checkbox"/> Luft <input type="checkbox"/> Mechanik <input type="checkbox"/> Sonstige	
Vom Betreiber der zugelassenen Wiegestation auszufüllen					
4. Zugelassene Wiegestation (Name und Anschrift; einschließlich Land)			5. Fahrzeuggewichtsmessungsnummer (3)		
			6. Datum der Erteilung (Tag/ Monat/ Jahr)		
4.1. Genauigkeitsklasse der Waage (4) <input type="checkbox"/> Klasse II <input type="checkbox"/> Klasse III und/oder <input type="checkbox"/> < 0,5 <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2					
4.2. Datum der letzten Eichung					
7. Gewichtsmessung von Straßengüterfahrzeugen (die offizielle Originalaufzeichnung der Wiegestation ist dieser Bescheinigung beizufügen)					
7.1. Nutzfahrzeugtyp (5)					
7.2. Achslastmessung, in kg					
	<i>Angetrieben</i>	<i>Nicht angetrieben</i>	<i>Einzelachse</i>	<i>Tandemachse</i>	<i>Dreifachachse</i>
Erste Achse					
Zweite Achse					
Dritte Achse					
Vierte Achse					
Fünfte Achse					
Sechste Achse (6)					
7.3. Messung des Gesamtgewichts, in kg		Sattelzugmaschine/ LKW		Sattelanhänger/ Anhänger	
				Gesamtgewicht	

8. Besondere Gewichtsmerkmale 8.1. Mit dem Motor verbundene(r) Tank(s) Fassungsvermögen gefüllt zu <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1 8.2. Zusätzliche(r) Tank(s) (für Kühlmittel usw.) Fassungsvermögen gefüllt zu <input type="checkbox"/> ¼ <input type="checkbox"/> ½ <input type="checkbox"/> ¾ <input type="checkbox"/> 1/1		8.3. Anzahl der Ersatzreifen	
		8.4. Zahl der Personen im Fahrzeug während des Wiegens	
		8.5. Anhebbare Achse <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Ich erkläre, dass die vorstehenden Gewichtsmessungen vom Unterzeichneten ordnungsgemäß bei einer zugelassenen Wiegestation ausgeführt wurden			Siegel
Name des Betreibers der Wiegestation		Unterschrift	

(1) Zum Beispiel: Nummer des CMR-Frachtbriefs.

(2) In Übereinstimmung dem TIR-Übereinkommen von 1975.

(3) Siehe Anmerkungen auf Seite 2.

(4) In Übereinstimmung mit OIML-Empfehlung R 76 und/oder der Empfehlung R 134.

(5) Fahrzeugtypcode wie in den beigefügten Zeichnungen, z. B.: A₂ oder A₂S₂.

(6) Bei mehr als sechs Achsen: unter „Bemerkungen“ auf Seite 2 angeben.

Durch den/die Verkehrsunternehmer/Fahrer des Nutzfahrzeugs NACH dem Wiegen des Fahrzeugs auszufüllen		
<p>Ich erkläre hiermit:</p> <p>a) die auf der vorigen Seite angegebenen Gewichtsmessungen wurden bei der vorstehend genannten Wiegestation durchgeführt,</p> <p>b) die Angaben (1) bis (8) wurden ordnungsgemäß ausgefüllt und</p> <p>c) nach dem Wiegen bei der vorstehend genannten Wiegestation wurde dem Nutzfahrzeug keine zusätzliche Ladung hinzugefügt.</p>		
Datum	Name des/der Verkehrsunternehmer(s)/Fahrer(s) des Straßengüterfahrzeuges	Unterschrift(en):
Gegebenenfalls Bemerkungen:		
Erläuterungen		
<p>Die Fahrzeuggewichtsmessungsnummer besteht aus drei mit Bindestrich verbundenen Datenelementen:</p> <p>(1) Ländercode (nach Maßgabe des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den Straßenverkehr, 1968).</p> <p>(2) Zweistelliger Code zur Bestimmung der nationalen Wiegestation.</p> <p>(3) (Mindestens) fünfstelliger Code zur Bestimmung der einzelnen Gewichtsmessungen. Beispiele: GR-01-23456 oder RO-14-000510.</p> <p>Diese Seriennummer muss mit der Nummer in den Büchern der Wiegestation übereinstimmen.</p>		

INTERNATIONALE FAHRZEUGGEWICHTSBESCHEINIGUNG (IVWC)**RECHTSGRUNDLAGE**

Die Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung wurde nach Maßgabe der Anlage 8 – Vereinfachung der Grenzübertrittsverfahren im internationalen Straßenverkehr – des Internationalen Übereinkommens von 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen erstellt.

ZIELSETZUNG

Durch die Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung sollen wiederholte Gewichtsmessungen – vor allem an Grenzübergängen – von Straßengüterfahrzeugen, die im internationalen Verkehr unterwegs sind, vermieden werden. Die Verwendung dieser Bescheinigung durch die Verkehrsunternehmer ist freiwillig.

VERFAHREN

Wenn die Vertragsparteien die a) vom Betreiber einer zugelassenen Wiegestation und b) durch den/die Verkehrsunternehmer/Fahrer des Nutzfahrzeugs ordnungsgemäß ausgefüllte Internationale Fahrzeuggewichtsbescheinigung akzeptieren, so wird sie von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien als gültige Gewichtsmessung akzeptiert und anerkannt. Grundsätzlich akzeptieren die zuständigen Behörden die Angaben in dieser Bescheinigung als gültig und fordern keine zusätzlichen Gewichtsmessungen. Um Missbrauch vorzubeugen, können die zuständigen Behörden jedoch in Ausnahmefällen und vor allem bei mutmaßlichen Unregelmäßigkeiten das Fahrzeuggewicht in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften überprüfen.

Gewichtsmessungen zur Erstellung dieser Bescheinigung werden auf Antrag des/der Verkehrsunternehmer(s)/Fahrer(s) des Nutzfahrzeugs, dessen/deren Fahrzeug im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien, die diese Bescheinigungen akzeptieren, zugelassen ist, von anerkannten Wiegestationen durchgeführt, wobei die Kosten auf die geleisteten Dienste begrenzt sind.

Für die Zwecke dieser Bescheinigung sind die anerkannten Wiegestationen mit Waagen ausgerüstet, die entweder entsprechen

- der OIML-Empfehlung R 76 „Nichtselbsttätige Waagen“ der Genauigkeitsklasse III oder darüber;
- der OIML-Empfehlung R 134 „Selbsttätige Instrumente zum Wiegen von Straßenfahrzeugen während der Fahrt“, Genauigkeitsklassen 2 oder darüber, bei Einzelachslastmessungen können höhere Messfehlerwerte auftreten.

SANKTIONEN


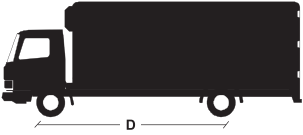





Verkehrsunternehmer/Fahrer von Straßengüterfahrzeugen unterliegen hinsichtlich falscher Erklärungen in der Internationalen Fahrzeuggewichtsbescheinigung den innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Bei der Bestimmung der Gültigkeit der Gewichtsmessung(en) ist für jede Waage eine Schätzung des möglichen Messfehlers vorzunehmen. Dieser Fehlerwert, der sich aus dem Grundfehler der Wiegeausrüstung und dem auf externe Faktoren zurückzuführenden Messfehler zusammensetzt, ist vom gemessenen Gewicht abzuziehen, um sicherzustellen, dass ein mögliches Übergewicht nicht durch die Ungenauigkeit der Waage und/oder das Wiegeverfahren verursacht wird.

Daher werden gegen Verkehrsunternehmer, die diese Bescheinigung verwenden, keine Geldbußen verhängt, sofern die in dieser Bescheinigung angegebene(n) Gewichtsmessung(en) abzüglich des höchsten möglichen Messfehlers (d. h. maximal 2 vom Hundert oder 800 kg bei einem 40-t-Fahrzeug) das in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgeschriebene höchstzulässige Gesamtgewicht nicht überschreitet/überschreiten.

ANLAGE zur INTERNATIONALEN FAHRZEUGGEWICHTSBESCHEINIGUNG (IVWC) Nach Nummer 7.1 der IVWC vorgeschriebene Skizzen von Straßengüterfahrzeugtypen			
Nr.	Straßengüterfahrzeuge	Fahrzeugtyp * bedeutet erste alternative Radachsenkonfiguration ** bedeutet zweite alternative Radachsenkonfiguration	Abstand zwischen den Radachsen (m) ⁽¹⁾ (1) Keine Angabe, wenn nicht relevant








I. EINZELFAHRZEUGE





1		A₂	D < 4,0
2		A₂[*]	D ≥ 4,0
3		A₃	
4		A₄	
5		A₃[*]	
6		A₄[*]	
7		A₅	

Nr.	Straßengüterfahrzeuge	Fahrzeugtyp * bedeutet erste alternative Radachsenkonfiguration ** bedeutet zweite alternative Radachsenkonfiguration	Abstand zwischen den Radachsen (m) ⁽¹⁾ (1) Keine Angabe, wenn nicht relevant
-----	-----------------------	--	---




II. FAHRZEUGKOMBINATION








(Lastzüge im Sinne des Übereinkommens von 1968 über den Straßenverkehr, Kapitel I, Artikel 1 Buchstabe t)



1		A ₂ T ₂	
2		A ₂ T ₃	
3		A ₃ T ₂	
4		A ₃ T ₃	
5		A ₃ T ₃ *	
6		A ₂ C ₂	
7		A ₂ C ₃	

Nr.	Straßengüterfahrzeuge	Fahrzeugtyp * bedeutet erste alternative Radachsenkonfiguration ** bedeutet zweite alternative Radachsenkonfiguration	Abstand zwischen den Radachsen (m) (1) (1) Keine Angabe, wenn nicht relevant
8		A ₃ C ₂	
9		A ₃ C ₃	
10		A ₂ C ₁	
11		A ₃ C ₁	

III. GELENKFAHRZEUGE

1	mit 3 Achsen		A ₂ S ₁	
2	mit 4 Achsen (Einzel- oder Tandemachsen)		A ₂ S ₂	D ≤ 2,0
			A ₂ S ₂ *	D > 2,0

Nr.		Straßengüterfahrzeuge	Fahrzeugtyp * bedeutet erste alternative Radachsenkonfiguration ** bedeutet zweite alternative Radachsenkonfiguration	Abstand zwischen den Radachsen (m) (1) (1) Keine Angabe, wenn nicht relevant
			A ₃ S ₁	
3	Mit 5 oder 6 Achsen (Einzel-, Tandem- oder Dreifachachsen)		A ₂ S ₃	
			A ₂ S ₃ *	
			A ₂ S ₃ **	
			A ₃ S ₂	D ≤ 2,0
			A ₃ S ₂ *	D > 2,0
			A ₃ S ₃	

Nr.	Straßengüterfahrzeuge		Fahrzeugtyp * bedeutet erste alternative Radachsenkonfiguration ** bedeutet zweite alternative Radachsenkonfiguration	Abstand zwischen den Radachsen (m) (1) (1) Keine Angabe, wenn nicht relevant
			A ₃ S ₃ *	
			A ₃ S ₃ **	
	Ohne Skizze		A _n S _n	

**Bekanntmachung
der Änderung
des Internationalen Übereinkommens
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen**

Vom 19. Oktober 2012

Nach Artikel 22 in Verbindung mit Anlage 7 des Internationalen Übereinkommens vom 21. Oktober 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen (BGBl. 1987 II S. 638, 640; 2012 II S. 1253) hat der gemäß Anlage 7 des Übereinkommens gebildete Verwaltungsausschuss am 27. Mai 2010 die Änderung des Übereinkommens durch Hinzufügung der Anlage 9 angenommen. Die Änderung ist nach Artikel 22 Absatz 3 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 30. November 2011

in Kraft getreten.

Die Anlage 9 zum Internationalen Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen wird nachstehend mit einer deutschen Übersetzung des Ratssekretariats der Europäischen Union (ABl. L 317 vom 30.11.2011, S. 13) veröffentlicht.

Berlin, den 19. Oktober 2012

Bundesministerium der Finanzen
Im Auftrag
Peter Bille

Änderung
des am 21. Oktober 1982 in Genf geschlossenen Internationalen Übereinkommens
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen
(Harmonisierungsübereinkommen)

Anlage 9
Vereinfachung der Verfahren
für den Grenzübertritt im internationalen Schienengüterverkehr

International Convention
on the Harmonization of Frontier Controls of Goods, 1982
("Harmonization Convention")

Annex 9
Facilitation of border crossing procedures
for international rail freight

Convention internationale
sur l'harmonisation des contrôles des marchandises aux frontières de 1982
(«Convention sur l'harmonisation»)

Annexe 9
Facilitation du passage des frontières dans
le transport international de marchandises par chemin de fer

(Übersetzung)

Article 1
Principles

1. This Annex, supplementing the provisions of the Convention, is intended to define the steps that need to be taken to facilitate and expedite the crossing of borders for international rail freight.

2. The Contracting Parties shall undertake to cooperate in order to standardize as fully as possible formalities and requirements in respect of documents and procedures in all areas connected with the carriage of goods by rail.

Article 2
Definition

"Border (interchange) station" shall mean a railway station where operational or administrative procedures are performed in view of enabling a border crossing of rail

Article premier
Principes

1. La présente annexe, qui complète les dispositions de la Convention, a pour but de définir les mesures qu'il convient de prendre afin de faciliter et d'accélérer les formalités de passage des frontières dans le transport ferroviaire de marchandises.

2. Les Parties contractantes s'engagent à collaborer en vue d'uniformiser autant que possible les formalités et les prescriptions relatives aux documents et aux procédures dans tous les domaines liés au transport de marchandises par chemin de fer.

Article 2
Définitions

Par «gare frontière (d'échange)», on entend une gare ferroviaire où sont effectuées des procédures opérationnelles ou administratives en vue de permettre au fret ferro-

Artikel 1
Grundsätze

(1) In dieser Anlage, die die Bestimmungen des Übereinkommens ergänzt, werden die Schritte festgelegt, die erforderlich sind, um den Grenzübertritt im internationalen Schienengüterverkehr zu vereinfachen und zu beschleunigen.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zusammenzuarbeiten, um Förmlichkeiten und Erfordernisse in Bezug auf Papiere und Verfahren in allen Bereichen, die mit der Warenbeförderung im Schienenverkehr zusammenhängen, so weitgehend wie möglich zu vereinheitlichen.

Artikel 2
Begriffsbestimmung

„Grenzbahnhof (Wagenübergangspunkt)“ bezeichnet einen Bahnhof, in dem betriebsbedingte Verfahren oder Verwaltungsverfahren abgewickelt werden, um den

freight. This railway station may be at the border or near the border.

Article 3

Crossing of borders by officials and other persons engaged in international rail transport

1. The Contracting Parties shall endeavour to facilitate the procedures for granting of visas for locomotive crews, refrigerated unit crews, persons accompanying freight shipments and staff at border (interchange) stations engaged in international rail transport in accordance with national best practice for all visa applicants.

2. The border crossing procedure for the persons listed in paragraph 1, including official documents confirming their status, shall be determined on the basis of bilateral agreements.

3. When a joint control is carried out, the officials of the border, customs and other agencies that conduct controls at border (interchange) stations shall, in the performance of their official duties, cross the State frontier using documents stipulated by the Contracting Parties for their nationals.

Article 4

Requirements for border (interchange) stations

To rationalize and expedite the required formalities at border (interchange) stations, the Contracting Parties shall observe the following minimum requirements for border (interchange) stations open to international rail freight traffic:

- (1) Border (interchange) stations shall have buildings (premises), plant, facilities and technical equipment enabling them to carry out daily and round-the-clock controls, if this is justified and is appropriate to the volume of freight traffic;
- (2) Border (interchange) stations where phytosanitary, veterinary and other controls are carried out shall be provided with technical equipment;
- (3) The carrying and traffic capacity of border (interchange) stations and adjacent tracks must be adequate for the volume of traffic;
- (4) Inspection areas must be available, as well as warehousing for the temporary storage of goods subject to customs or other forms of control;

viare de passer la frontière. Cette gare ferroviaire peut être située à la frontière ou à proximité de la frontière.

Article 3

Passage des frontières par des agents et d'autres personnes participant au transport ferroviaire international

1. Les Parties contractantes s'efforcent de faciliter les formalités relatives à la délivrance de visas au personnel de conduite des trains, à celui des unités frigorifiques, aux personnes qui accompagnent un envoi et aux agents des gares frontière (d'échange) participant au transport ferroviaire international, conformément aux meilleures pratiques nationales applicables à tous les demandeurs de visa.

2. Les procédures de passage des frontières par les personnes visées au paragraphe 1 du présent article, y compris en ce qui concerne les documents officiels confirmant le statut de ces personnes, sont établies sur la base d'accords bilatéraux.

3. Lors des opérations de contrôle commun, les agents des services de surveillance des frontières, des douanes et des autres organes exerçant des fonctions de contrôle dans les gares frontière (d'échange), dans l'exercice de leurs fonctions, franchissent la frontière de l'État en utilisant des documents établis par les Parties contractantes pour leurs ressortissants.

Article 4

Prescriptions relatives aux gares frontière (d'échange)

Afin de rationaliser et d'accélérer les formalités à accomplir dans les gares frontière (d'échange), les Parties contractantes doivent satisfaire aux conditions minimales suivantes pour les gares frontière (d'échange) ouvertes au transport international de marchandises par chemin de fer:

- 1) Les gares frontière (d'échange) sont dotées des bâtiments (des locaux), des équipements, des aménagements et des moyens techniques qui permettent de procéder à des contrôles tous les jours et vingt-quatre heures sur vingt-quatre, si le volume de trafic de marchandises le justifie;
- 2) Les gares frontière (d'échange) dans lesquelles il est procédé à des contrôles phytosanitaires, vétérinaires et autres sont dotées des moyens techniques nécessaires;
- 3) Les capacités de réception et de débit des gares frontière (d'échange) et des voies attenantes doivent correspondre au volume du trafic de marchandises;
- 4) Des zones d'inspection doivent être prévues, ainsi que des installations pour l'entreposage provisoire des marchandises soumises à des contrôles douaniers ou autres contrôles;

Grenzübertritt von Schienenfracht zu ermöglichen. Dieser Bahnhof kann sich an der Grenze oder in Grenznähe befinden.

Artikel 3

Grenzübertritt von Beamten und anderen im internationalen Schienen- verkehr tätigen Personen

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, die Verfahren für die Erteilung von Visa für Triebfahrzeug- und Kühlwagenpersonal, für Personen, die Frachtbeförderungen begleiten und für das im internationalen Schienenverkehr tätige Personal an Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) im Einklang mit bewährten einzelstaatlichen Praktiken für alle Visumantragsteller zu vereinfachen.

(2) Das Grenzübertrittsverfahren für die in Absatz 1 genannten Personen sowie die amtlichen Papiere, die ihren Status bestätigen, werden in bilateralen Abkommen festgelegt.

(3) Bei einer gemeinsamen Kontrolle führen die Beamten der Grenz-, Zoll- und anderen Behörden, die an Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) Kontrollen durchführen, von den Vertragsparteien für ihre Staatsangehörigen festgelegte Papiere mit sich, wenn sie in Ausübung ihrer Amtspflichten die Staatsgrenze überschreiten.

Artikel 4

Anforderungen an Grenzbahnhöfe (Wagenübergangspunkte)

Um die erforderlichen Förmlichkeiten an den Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) zu straffen und zu beschleunigen, beachten die Vertragsparteien die folgenden Mindestanforderungen für Grenzbahnhöfe (Wagenübergangspunkte) des internationalen Schienengüterverkehrs:

1. Grenzbahnhöfe (Wagenübergangspunkte) verfügen über Gebäude (Anlagen), Einrichtungen und technische Ausrüstungen, damit täglich rund um die Uhr Kontrollen durchgeführt werden können, sofern dies gerechtfertigt und in Anbetracht des Güterverkehrsaufkommens angemessen ist;
2. Grenzbahnhöfe (Wagenübergangspunkte), in denen pflanzengesundheitliche, tierärztliche und andere Kontrollen durchgeführt werden, erhalten die erforderliche technische Ausrüstung;
3. Aufnahme- und Verkehrskapazität von Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) und angrenzenden Gleisen müssen für das Verkehrsvolumen ausreichen;
4. Es muss Kontrollbereiche sowie Lageranlagen für die vorübergehende Verwahrung von Waren geben, die Zollkontrollen oder anderen Formen der Kontrolle unterliegen;

- | | | |
|--|--|---|
| <p>(5) Equipment, facilities, information technology and communications systems must be available to enable the exchange in advance of information, including on goods approaching border (interchange) stations, as contained in the railway consignment note and customs declaration;</p> <p>(6) Sufficient qualified staff of the railway, customs, border and other agencies must be on hand at border (interchange) stations to cope with the freight volumes involved;</p> <p>(7) Border (interchange) stations shall have the technical equipment, facilities, information technology and communications systems to be able, prior to the arrival of rolling stock at the border, to receive and use data concerning the technical approval and the technical inspections of the rolling stock made by authorities and railways within the framework of their competence, unless Contracting Parties put in place alternative arrangements to fulfil these functions.</p> | <p>5) Des équipements, installations, systèmes informatiques et moyens de télécommunication doivent être prévus afin de permettre l'échange préalable des informations, incluant celles relatives aux marchandises arrivant dans une gare frontière (d'échange), et correspondant aux indications mentionnées dans les lettres de voiture ferroviaires et les déclarations en douane;</p> <p>6) Un personnel qualifié des chemins de fer, services douaniers, service de surveillance des frontières et autres organes compétents doit être disponible dans les gares frontière (d'échange), en nombre suffisant compte tenu du volume du trafic de marchandises concerné;</p> <p>7) Les gares frontière (d'échange) sont dotées des équipements, installations, systèmes informatiques et moyens de télécommunication permettant, avant l'arrivée du matériel roulant à la frontière, de recevoir et d'utiliser les données relatives à l'agrément technique et aux inspections techniques du matériel roulant effectuées par les autorités et les chemins de fer dans le cadre de leurs compétences respectives, à moins que les Parties contractantes ne mettent en œuvre d'autres arrangements en vue d'assurer ces fonctions.</p> | <p>5. Es müssen Ausrüstungen, Anlagen, informationstechnische Systeme und Kommunikationssysteme vorhanden sein, damit vorab Informationen ausgetauscht werden können, u. a. über die im Eisenbahnfrachtbrief und in der Zollanmeldung enthaltenen Angaben zu Waren, die sich Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) nähern;</p> <p>6. An den Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) muss für das anfallende Frachtaufkommen genügend qualifiziertes Eisenbahn-, Zoll- und Grenzabfertigungspersonal zur Verfügung stehen;</p> <p>7. Grenzbahnhöfe (Wagenübergangspunkte) müssen über technische Ausrüstungen, Anlagen, informationstechnische Systeme und Kommunikationssysteme verfügen, um vor der Ankunft von rollendem Material an der Grenze Daten über die technische Zulassung und die technischen Kontrollen von rollendem Material durch die zuständigen Behörden und Eisenbahngesellschaften erhalten und verwenden zu können, sofern die Vertragsparteien keine anderen Vorkehrungen treffen, die diesen Zweck erfüllen.</p> |
|--|--|---|

Article 5

Cooperation between adjacent countries at border (interchange) stations

In accordance with the provisions of Article 7 of the Convention, Contracting Parties shall coordinate actions with respect to the controls of rolling stock, containers, piggyback semi-trailers and goods as well as the processing of shipping and accompanying documentation and shall endeavour to arrange all forms of joint controls on the basis of bilateral agreements.

Article 5

Coopération entre pays voisins dans les gares frontière (d'échange)

Conformément aux dispositions de l'article 7 de la Convention, les Parties contractantes coordonnent les mesures à prendre pour l'inspection du matériel roulant, des conteneurs, des semi-remorques aptes au ferroutage et des marchandises transportées, ainsi que pour le traitement des documents de transport et des documents d'accompagnement, et elles s'efforcent de mettre en place toutes les formes d'inspections communes sur la base d'accords bilatéraux.

Artikel 5

Zusammenarbeit zwischen benachbarten Staaten an Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten)

Nach Artikel 7 des Übereinkommens koordinieren die Vertragsparteien Maßnahmen zur Kontrolle von rollendem Material, Containern, im Huckepackverkehr beförderten Sattelanhängern und Waren sowie die Bearbeitung von Fracht- und Begleitpapieren und bemühen sich, auf Grundlage bilateraler Abkommen alle Formen der gemeinsamen Kontrolle zu organisieren.

Article 6

Controls

The Contracting Parties:

- (1) Shall establish a mechanism for reciprocal recognition of all forms of control of rolling stock, containers, piggyback semi-trailers and goods, provided the objectives thereof coincide;
- (2) Shall carry out customs controls relying on the principle of selection on the basis of risk evaluation and management. As a general rule, if required information on the goods has been provided and if the goods are contained in a properly closed and sealed rolling stock unit, container, piggyback semi-trailer or wagon, physical examination shall not

Article 6

Contrôles

Les Parties contractantes:

- 1) Établissent un mécanisme de reconnaissance réciproque des contrôles de tous types portant sur le matériel roulant, les conteneurs, les semi-remorques aptes au ferroutage, ainsi que sur les marchandises, à condition que leurs objectifs coïncident;
- 2) Procèdent à des contrôles douaniers suivant le principe d'une sélection basée sur l'analyse et la gestion des risques; en règle générale, si les informations requises sont fournies en ce qui concerne les marchandises, et si celles-ci se trouvent dans une unité de matériel roulant, dans un conteneur, dans une semi-remorque apte au ferroutage ou

Artikel 6

Kontrollen

Die Vertragsparteien

1. führen ein Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung aller Formen der Kontrolle von rollendem Material, Containern, im Huckepackverkehr beförderten Sattelanhängern und Waren ein, sofern die diesbezüglichen Ziele übereinstimmen;
2. stützen sich bei Zollkontrollen auf den Grundsatz der Auswahl auf der Grundlage von Risikobewertung und Risikomanagement. Im Allgemeinen erfolgt keine Beschau, wenn die obligatorischen Angaben zu den Waren vorliegen und diese Waren in ordnungsgemäß verschlossenen und verplombten rollenden Beförderungseinheiten, Containern,

be carried out;

- (3) Shall carry out simplified controls at border (interchange) stations and shall, as far as possible, move certain forms of controls to the stations of departure and destination;
- (4) Without prejudice to Article 10 of the Convention, Article 4 of Annex 2, Article 5 of Annex 3 and Article 5 of Annex 4, shall carry out inspections of transit goods only in cases where these are warranted by the actual circumstances or risks.

dans un wagon, fermés et scellés comme il convient, il n'est pas procédé à un examen physique;

- 3) Simplifient les contrôles dans les gares frontière (d'échange) et font effectuer, dans la mesure du possible, certains types de contrôles dans les gares de départ et de destination;
- 4) Sans préjudice des dispositions de l'article 10 de la Convention, de l'article 4 de l'annexe 2, de l'article 5 de l'annexe 3 et de l'article 5 de l'annexe 4, ne procèdent à une inspection des marchandises en transit que dans les cas où celle-ci se justifie au regard d'une situation ou d'un risque concret.

im Huckepackverkehr beförderten Sattelanhängern oder Huckepack-Wagen befördert werden;

3. führen an Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) vereinfachte Kontrollen durch und verlagern soweit möglich bestimmte Arten der Kontrolle zu den Abgangs- und Bestimmungsbahnhöfen;
4. führen unbeschadet des Artikels 10 des Übereinkommens, der Anlage 2 Artikel 4, der Anlage 3 Artikel 5 und der Anlage 4 Artikel 5 bei Waren im Versandverfahren nur dann eine Kontrolle durch, wenn dies aufgrund der Sach- oder Risikolage gerechtfertigt ist.

Article 7

Time limits

1. The Contracting Parties shall ensure compliance with the time limits specified in bilateral agreements for technical operations involving the reception and transfer of trains at border (interchange) stations, including all types of controls, and shall endeavour to reduce these time limits by improving the technology and equipment used. The Contracting Parties shall undertake to reach a maximum reduction in the time limit in the coming years.

2. The Contracting Parties shall record delays of the trains or wagons at border (interchange) stations and transmit the information to the parties involved which conduct subsequent analysis and propose measures to reduce the delays.

Article 7

Délais

1. Les Parties contractantes veillent au respect des délais établis par la voie d'accords bilatéraux pour l'exécution des opérations techniques liées à la réception et à la remise des trains dans les gares frontière (d'échange), y compris des différents contrôles, et s'efforcent de réduire ces délais par l'amélioration des équipements et technologies utilisés. Les Parties contractantes s'engagent à réduire le plus possible les délais dans les années à venir.

2. Les Parties contractantes enregistrent les retards des trains ou des wagons aux gares frontière (d'échange) et communiquent ces informations aux parties concernées qui procèdent ensuite à leur analyse et proposent des mesures visant à réduire les retards.

Artikel 7

Fristen

(1) Die Vertragsparteien gewährleisten die Einhaltung der Fristen, die in bilateralen Abkommen für technische Vorgänge zum Empfang und zur Weiterleitung von Zügen an Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten), einschließlich aller Arten von Kontrollen, festgelegt wurden, und bemühen sich, diese Fristen durch Verbesserungen in Technik und Ausrüstung zu verkürzen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Fristen in den kommenden Jahren so weitgehend wie möglich zu verkürzen.

(2) Die Vertragsparteien führen Aufzeichnungen über Verspätungen der Züge oder Wagen an den Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) und leiten die Informationen an die beteiligten Parteien weiter, die daraufhin die Verspätungen prüfen und Maßnahmen zu ihrer Verringerung vorschlagen.

Article 8

Documentation

1. The Contracting Parties shall ensure that shipping and accompanying documents are properly formulated in accordance with the legislation of the importing and transit countries.

2. In their mutual relations, the Contracting Parties shall endeavour to reduce paper documents and to simplify documentation procedures by using electronic systems for the exchange of information corresponding to the information contained in railway consignment notes and customs declarations accompanying the goods, drawn up in accordance with the legislation of the Contracting Parties.

3. The Contracting Parties shall endeavour to provide the customs authorities in advance with information on goods arriving at border (interchange) stations as contained in the railway consignment note and customs declaration. The format, and the procedure and deadlines for providing the information, shall be determined by the Contracting Parties.

Article 8

Documents

1. Les Parties contractantes veillent à ce que les documents de transport et les documents d'accompagnement soient établis conformément aux lois et règlements des pays importateurs et de transit.

2. Dans leurs relations, les Parties contractantes s'efforcent de réduire le recours aux documents sur support papier et de simplifier les procédures en matière de documentation, en utilisant des systèmes électroniques pour l'échange des informations figurant dans les lettres de voiture ferroviaires et les déclarations en douane accompagnant les marchandises, établies conformément à leurs législations respectives.

3. Les Parties contractantes s'efforcent de communiquer à l'avance aux autorités douanières les informations relatives aux marchandises acheminées jusqu'aux gares frontière (d'échange), figurant dans les lettres de voiture ferroviaires et les déclarations en douane. Le format, les modalités et les délais de fourniture de ces informations sont déterminés par les Parties contractantes.

Artikel 8

Unterlagen

(1) Die Vertragsparteien gewährleisten, dass Fracht- und Begleitpapiere nach den Vorschriften der Einfuhr- und Durchfuhrländer ordnungsgemäß erstellt wurden.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich, in ihren gegenseitigen Beziehungen weniger Dokumente in Papierform zu verwenden und die Dokumentationsverfahren durch die Verwendung elektronischer Systeme für den Austausch von Informationen zu vereinfachen, die den Informationen über die Waren in den gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien erstellten Eisenbahnfrachtbriefen und Zollanmeldungen entsprechen.

(3) Die Vertragsparteien bemühen sich, den Zollbehörden für an den Grenzbahnhöfen (Wagenübergangspunkten) ankommende Waren vorab die im Eisenbahnfrachtbrief und in der Zollanmeldung enthaltene Angaben zu übermitteln. Form, Verfahren und Fristen für die Übermittlung der Angaben werden von den Vertragsparteien festgelegt.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0
 Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
 Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
 E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Article 9

Use of the CIM/SMGS railway consignment note

The Contracting Parties may use, instead of the other shipping documents currently stipulated by international treaties, the CIM/SMGS railway consignment note, which at the same time could be a customs document.

Article 9

Utilisation de la lettre de voiture ferroviaire CIM/SMGS

Les Parties contractantes peuvent utiliser, à la place des documents de transport actuellement prévus dans les traités internationaux, la lettre de voiture ferroviaire CIM/SMGS qui pourrait également être un document douanier.

Artikel 9

Verwendung des Eisenbahnfrachtbriefs CIM/SMGS

Die Vertragsparteien können anstelle anderer Frachtpapiere, die gegenwärtig in internationalen Verträgen vorgeschrieben sind, den Eisenbahnfrachtbrief CIM/SMGS verwenden, der gleichzeitig Zollpapier sein kann.